

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonnage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 17. Dezember. Se. Majestät der König haben Allernädigst ge-ruht: Dem Stadtgerichtsrath le Comte zu Berlin, dem Kreisgerichtsrath Gruber zu Halberstadt, dem Kreis-Steuereinnehmer, Rechnungsgericht Nicolaï zu Luckau, und dem Kreisgerichtsrath-Sekretär, Kanzlerath v. Bergen zu Prenzlau den Rothen Adlerorden vierter Klasse, dem Sekonde-Lieutenant und Rittern-Inspektor a. D. v. Scher zu Minden, dem Wundarznei-Alexander-Isaä zu Lübeck, im Kreise Lempen, und dem städtischen Packhofs-Magazin-Inspektor Helmcke zu Magdeburg den königlichen Kronenorden vierter Klasse, so wie dem evangel. Schullehrer Müller zu Klein-Samlosen im Kreise Schubin die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen; die Ober-Bauinspekto-ten, Baurath Wiebe zu Frankfurt a. O. und Wernerking zu Posen zu Re-gierungs- und Bauräthen, und den Gerichts-Assessor Laue in Konitz zum Staatsanwalt bei den Kreisgerichten in Konitz und Schloßau zu ernennen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, 16. Dezember, Abends. Von gut unterrichteter Seite wird versichert, daß, um dem Wunsche der Mehrzahl der Abgeordneten Rechnung zu tragen, die Session des Reichsrathes nicht geschlossen, sondern nur vertagt werden wird.

Wien, 17. Dezember, Abends. In der heutigen Sitzung des Unterhauses brachte der Finanzminister einen Gesetzentwurf betreffend die Veräußerung von Staatsseigentum im Betrage von 15 Millionen ein. Der Minister hob hervor, daß die bezüglichen Staatsgüter größtentheils seit lange zur Veräußerung bestimmt waren, und in Bezug hierauf bereits ein Ausspruch des Reichsrathes vorliege. Bei den vielfach veränderten Staatsverhältnissen sei es jedoch nothwendig, eine bestimmte Autorisation zu erlangen. Ferner legte der Finanzminister einen Gesetzentwurf vor, betreffend die Besteuerung von Zucker und Branntwein, behufs Beseitigung der Nebelstände, welche schwer auf den Einnahmen lasten. Eine dritte heute eingereichte Regierungsvorlage betrifft den Zeitpunkt, in welchem die Verfassung in Wirksamkeit treten soll. Die Vorlage betreffend die Steuerfreiheit der Neubauten wurde vom Hause angenommen.

Das kaiserliche Hoflager siedelt am 23. d. von Schönbrunn nach Wien über. An demselben Tage wird der Erzherzog Ludwig Viktor zurückkehren.

Wien, 17. Dezember Vormittags. Die heutige „Presse“ schreibt: Die offizielle Entlassung Mecklenburgs aus dem Vertrage mit Frankreich werde eine sofortige Wiedereröffnung der handelspolitischen Unterhandlungen zwischen Oestreich und dem Zollverein ermöglichen. Die Tariffrage sei zwar noch nicht völlig geordnet, die preußische Regierung habe aber ausdrücklich erklärt, es sei nicht nothig, hierauf zu warten, um die Verhandlungen mit Oestreich wieder aufzunehmen.

Dresden, 17. Dezember Nachmittags. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer brachte die Regierung einen Gesetzentwurf ein über die Aufstellung von Geschworenenlisten und die Bildung einer Geschworenenbank. Der Entwurf wurde einer besondern Kommission überwiesen, welche auch die ferneren kriminalrechtlichen Vorlagen berathen soll.

München, 16. Dezember, Nachm. Zu §. 84. des Wehrge-
gesetzes hat der Abgeordnete Schulte einen Antrag eingebracht, welcher die möglichste Verallgemeinerung der Wehrpflicht bezweckt; nach demselben sollen die zur Erfahrungsmöglichkeit gehörigen aber nicht einverufenen Wehrpflichtigen, ferner diejenigen, welche gänzlich oder zeitweise von der Wehrpflicht befreit sind, endlich diejenigen, die als untauglich oder unwürdig nicht zum Dienst herangezogen, sonst aber erwerbsfähig sind, zu einer Geldleistung verpflichtet werden, über welche Näheres durch ein besonderes Gesetz festgestellt werden soll.

München, 17. Dezember, Vormittags. Das Abgeordnetenhaus hat das Wehrge-
setz mit allen gegen 15 Stimmen definitiv genehmigt. Ferner wurde einstimmig und ohne Debatte der Gesetzentwurf betreffend die provisorische Forterhebung der Steuern bis zum 1. März 1868 genehmigt.

München, 17. Dezember, Nachmitt. Abgeordnetenkammer. Der Zusatzantrag des Abg. Schulte zu §. 84. des Wehrge-
gesetzes, betreffend die Leistung von Geldbeiträgen Seitens der von
der Wehrpflicht Befreiten, wurde angenommen. Es wurde ferner beschlossen, daß das Wehrge-
setz nicht am 1. Februar k. l. s., sondern schon am 15. Januar k. l. s. in Kraft treten solle. Die letzte Sitzung der Abgeordnetenkammer vor Weihnachten findet am Sonnabend statt.

Schwerin, 17. Dezember Nachmittags. Die aus Mecklenburger Landtagsmittheilungen stammende Nachricht, daß zwischen dem Norddeutschen Bunde und Frankreich eine Verständigung betreffend die Bestimmungen des mecklenburgisch-französischen Handelsvertrages über die Weinölze zu Stande gekommen sei, ist vorläufig noch als verfrüht anzusehen, da die Verhandlungen über diese Gegenstand in Berlin noch fortduern.

Hamburg, 17. Dezember, Morgens. Eine Kopenhagener Korrespondenz der „Hamburger Nachrichten“ stellt es als unzweifelhaft hin, daß Kammerherr Quaade sofort nach Neujahr mit neuen Instruktionen nach Berlin zurückkehren werde.

London, 16. Dezember. Die „Shipping gazette“ veröffentlicht einen Brief aus St. Thomas vom 21. v. Mts., nach welchem bis zu diesem Datum innerhalb drei Tagen 80—90 Erdstöße ver-spürt wurden, von denen 7 länger als eine Minute dauerten. Fast alle Häuser haben gelitten; an 50 Menschen sind umgekommen, die dem Eigenthum zugefügten Beschädigungen lassen sich bis jetzt kaum berechnen; auch sind mehrere Schiffe sehr erheblich beschädigt. — Telegraphisch wird außerdem gemeldet, daß die Werften der Dampfer-Gesellschaft fortgeschwemmt sind.

London, 17. Dezember, Morgens. In einzelnen Theilen der Stadt ist es zu weiteren Ruhestörungen gekommen; die Polizei

hat sehr energische Vorsichtsmaßregeln gegenüber dem Treiben der Fenier ergreifen.

Der Dampfer eingegangene Nachrichten aus Newyork vom 7. d. M. melden, daß die österreichische Fregatte „Novara“ mit der Leiche des Kaisers Maximilian am 4. Dezember von Havanna abgefegt ist. — Eine Resolution des Senats, welche eine Tilgung der Staatschuld durch Banknoten vorstellt, infosfern das Gesetz keine anderen Bestimmungen enthält, wurde dem Finanzausschuß überwiesen.

Der Senat nahm ferner eine von dem Subsidien-Komitee vorgeschlagene Resolution an, welche ein Gutachten fordert, betreffend die dem Schatzkästner zu erteilende Ermächtigung zur Abschließung einer vierzigjährigen 5 prozentigen Anleihe behufs Einlösung der 5—20 Bonds. Die Zinszahlung für diese Anleihe, so wie auch die Einlösung des Kapitals, sollten in Gold erfolgen.

Der Bremer Dampfer „Newyork“ ist aus Newyork in Southampton und der Dampfer „City of Boston“ ebenda in Queenstown eingetroffen.

London, 17. Dez. Mittags. Einer Depesche der „Times“ zufolge hat die Afrikazuppe der abyssinischen Expedition am 6. Dezember das Senafengebirge an der Ostgrenze Abyssiniens erreicht. Die Eingeborenen schaffen in zuvorkommender Weise Proviant herbei; Wasser ist im Ueberfluss vorhanden. Das Klima ist gut; die Temperatur wechselt von 33 bis zu 73 Grad Fahrenheit.

Paris, 17. Dezember Mittags. Der Kaiserliche Hof wird erst am 28. d. M. nach Paris überfiehn.

Bern, 17. Dezember. In den Behufs Berathung der Verfassungsfrage im Kanton Zürich, und zwar in den Städten Zürich, Uster, Winterthur und Bülach abgehaltenen Volksversammlungen wurden im Ganzen 22,500 Stimmen für die Revision der Verfassung abgegeben. Die Volksabstimmung im Kanton Aargau ergab nur eine geringe Mehrheit.

Durch Beschluß des Bundesrathes ist die Ausübung der Ho-möopathie in der Schweiz freigegeben.

Florenz, 16. Dezember. Deputirtenkammer. In der heutigen Sitzung erhielt zunächst Crispì das Wort. Derselbe beleuchtet die letzten diplomatischen Beziehungen mit Frankreich. Nicht blos der Sinn der Konvention, sondern auch die Erklärungen der französischen Regierung seien stets der Freiheit Rom feindselig gewesen. Die Legion von Antibes habe aus französischen Soldaten der aktiven Armee bestanden. Die Konvention sei also in verwegner Weise verlegt worden. Rouher habe durch seine Worte den Bestrittenen insultirt. Das gegenwärtige Ministerium könne kein Vertrauen beanspruchen. Minghetti und Visconti-Bonosta lassen sich über die Periode ihres Ministeriums aus, seien das damals befolgte Program und die mit Rom gepflogenen Unterhandlungen auseinander. — Die Konvention habe damals so viel bedeutet, als nach Rom zu geben. Der Justizminister Mari vertheidigt den Behauptungen Crispis gegenüber die Unabhängigkeit des Richterstandes. Depretis beginnt eine längere Rede, in welcher er die Verhandlungen mit Cialdini zur Bildung eines Ministeriums schildert.

Ital. Rente 51, 60. Napoleonsd'or 22, 38.

Hannover, 17. Dezember, Mittags. Wie glaubwürdig versichert wird, beruht das in mehreren Zeitungen besprochene Heirathsprojekt zwischen dem Prinzen von Oranien und der Prinzessin Mary von Hannover durchaus auf Erfindung.

Petersburg, 17. Dezember, Morgens. Das „Journal de St. Petersbourg“ enthält eine lange Reihe diplomatischer Altenseitstücke, etwa 30 an Zahl, welche die orientalische Frage betreffen. Diese Publikation ist bestimmt, die entsprechenden Veröffentlichungen der Regierungen Frankreichs, Englands und Italiens zu ergänzen. — Dasselbe Journal hält die Behauptung des Pariser „Estandard“ bezüglich eines Zusammentritts der Botschafter der Großmächte in Paris zu einer Konferenz für sehr voreilig. Erst müßte den Mächten bewiesen werden, daß die Konferenz überhaupt ein nützliches Resultat erzielen könnte. Was Frankreich in Bezug Noms von den europäischen Mächten verlangen könne, sei nach den Erklärungen Rouhers gar nicht abzusehen. Bis jetzt sei nur bekannt, daß Frankreich die Konferenz noch für möglich halte.

Kopenhagen, 16. Dezember, Abends. „Berlingske Tid.“ erklärt, den von „Newyork Herald“ gebrachten und dann von der Londoner „Times“ wiederholten Gerüchten gegenüber, daß die Vereinigten Staaten noch keine Expedition nach den westindischen Inseln abgeschickt haben, da die definitive Abtretung derselben noch nicht erfolgt sei. Die Abtretung könne erst durch die Zustimmung des Kongresses rechts gültig werden.

Die Stellung der polnischen Landtags-Abgeordneten

ist zum Gegenstande lebhafter Grörterungen in der polnischen Presse geworden. Das bisherige, zumeist negative Verhalten dieser Abgeordneten gegen die gesamte preußische Gesetzgebung findet bei ihren Wählern nicht mehr Anfang. Eine reisere, sachgemäße Auffassung scheint auch in der Presse zum Durchbruch gekommen. Der „Gaz. Tor.“ schreibt: Die Lage unserer Deputation ist der Art, daß sie, selbst wenn sie aus lauter ersten parlamentarischen Größen besteht, erhebliche Resultate nicht erzielen könnte. Wir sehen dies deutlich genug an der galizischen Deputation, die, obgleich sie zahlreicher ist und wegen der verschiedenartigen Zusammensetzung Oestreichs sich in besserer Lage befindet, als die preußische, doch verhältnismäßig so wenig durchsetzt. Unsere Erfolge werden immer nur gering sein. Aber wir dürfen auch kleine Vortheile nicht verachten.

Inserate
1½ Sgr. für die fünfgespaltenen Zeile oder deren Raum, Klammern verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Dem scheint jedoch die negative Stellung unserer Abgeordneten nicht im mindesten zu entsprechen. Was nützt es, daß wir unser Wort täglich wiederholen in einer Zeit, wo die Macht über das Recht geht, wenn wir nicht andere Argumente als Verträge und bloße Worte haben? Mögen sie auch im Anfang etwas unbehaglich sein, bald gewöhnt man sich an sie und allmählig geht man gern oder nicht gern über sie zur Tagesordnung. Und auch die, welche Anfangs mit uns waren, wenden sich schließlich von uns und betrachten uns als Malcontente à tout prix. Aber was noch wichtiger ist, daß Volk versteht diesen absolut negativen Standpunkt nicht. Es will irgend etwas Greifbares; für einen fruchtbaren Protest wird es nicht immer Opfer bringen. Kann man also nicht gegen den Strom, so schwimme man mit ihm, d. h. man nehme Theil an allen, auch den entferntest liegenden Berathungen und suche Vortheil zu ziehen aus jeder sich darbietenden Gelegenheit, man verständige sich mit allen Fraktionen, mit einem Worte, verfolge ganz die Politik der Utilität.

Daraus ergiebt sich, daß keine der deutschen Parteien als solche größeren Anspruch auf unsere Sympathie hat als die andere. Die uns das meiste Gerechtigkeitsgefühl und die meisten Vortheile entgegenträgt, mit der verbinden wir uns. Ich weiß zwar, daß Viele es nicht begreifen werden, wie unsere Deputation sich mit einer anderen, als der liberalen Partei verbinden könne, aber die Erfahrung muß uns gelehrt haben, daß der Liberalismus der deutschen Parteien unter einander sich hinselbst unterscheidet von dem Liberalismus gegen uns, der oft den krassensten Haß einschließt.

Lassen wir also ideale Rückfichten und Konsequenzen, die an sich ganz schön sein können, aber unfruchtbar bleiben. Trotz dieser Ideen und Konsequenzen schwindet der Boden unter unsern Füßen mehr und mehr, während Regierungen und Nationalvertretungen gerade durch Infonsequenz und Berücksichtigung der realen Verhältnisse sich konsolidieren und wachsen.

Den christlichen Standpunkt des Rechts will jedoch der Verf., wie er besonders betont, der Utilitätstheorie nicht opfern.

In einer folgenden Nummer des Bl. spricht sich der ehemal. Präsident der polnischen Reichstags-Fraktion, Major Radliewicz, dahin aus:

Was die Stellung unserer Abgeordneten im preußischen Landtag betrifft, so bin ich der negirenden durchaus entgegen: das Schicksal, daß uns mit der Krone! Preußen verbunden hat, ermächtigt uns gegenüber unseren Wählern nicht zu solcher Haltung, da die Institutionen Preußens nicht nur für uns verbindende Kraft haben, sondern auch zum überwiegenden Theile unserer eigenen Wohlfahrt dienen. Ohne mich in eine Aufzählung der Einzelheiten einzulassen, spreche ich meine Überzeugung dahin aus, daß nicht alle preußischen Einrichtungen uns gleichgültig sein können.

Etwas anderes ist die Stellung unserer Abg. im deutschen Reichstage. Nachdem sie gegen die Einverleibung protestiert, haben sie nur an den Berathungen Theil zu nehmen, deren Gegenstand uns selbst angeht, aber auch hier halte ich den ausschließlich neigenden Standpunkt, oder das Enthalten von der Abstimmung nicht für geeignet. Vielmehr werden die polnischen Mitglieder immer das Wort ergreifen, wenn sich Gelegenheit bietet, die Grundsätze unserer Nationalität auszusprechen. Der „Dziennik pozn.“ heißtet diese Ansichten nicht, sondern hält fest an den im Jahre 1849 für die polnische Fraktion angenommenen Grundzügen, deren Durchführung nicht ohne relativen Erfolg gewesen. Uebrigens ist das Blatt durch die wiederholte ausführliche Rechtfertigung, welche die Fraktion durch ihren Vorstehenden rücksichtlich ihrer Abstimmung in der Frage der Eidesleistung der beiden dänischen Abg. der Deffentlichkeit übergeben hat, keineswegs zufrieden gestellt, sondern versichert abermals, daß diese Abstimmung dem politischen Institut und den Wünschen der großen Mehrheit im Lande widerspreche. Ein Versuch, die Argumentation der Fraktion zu entkräften ist jedoch nicht gemacht. — Wir behalten uns vor, im nächsten Artikel unsre eigene Ansicht über die Stellung der polnischen Fraktion des Abgeordnetenhauses darzulegen.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 17. Dezember. Nach den übereinstimmenden Nachrichten über die letzte süddeutsche Militär-Konferenz vom 4. bis 7. d. M. erscheinen die Dinge danach beinahe vollständig unverändert in der bisherigen Schwabe verblieben. Darmstadt war hübrigen auf dieser Konferenz nach den offiziellen Mittheilungen der bayrischen Zeitungen über die an derselben beteiligten ge-wesenen Personen schon nicht mehr vertreten. Etwas Weiteres, als das bisher für die allgemeine deutsche Militär-Einheit schon Erreichte dürfte sich nach allen Anzeichen in nächster Folge überhaupt auch wohl schwerlich noch erwirken lassen. In der Hauptsache befinden sich jedoch zur Zeit bereits sowohl die bayrischen wie die württembergischen Militärzustände in allen irgendwie wichtigen und bedeutenden Bestimmungen den preußischen und norddeutschen Normen nachgebildet, oder liegen für die Ausführung dieser Nachbildung doch bereits bestimmte Beschlüsse vor und steht dieselbe demächst zu erwarten. Die Formation der Bataillone, Kavallerie-Regimenter und Batterien, ist hier wie dort gleich, die der Brigaden und Divisionen weicht höchstens in einigen unbedeutenden Einzelheiten von einander ab. Dasselbe gilt von den Kommandos, Signalen, den Artillerie-Kalibern und bis auf Bayern auch von der Bewaffnung. Thatächlich handelt es sich für diesen Staat wie für Württemberg, deshalb auch eigentlich nur noch darum, bei ihren Truppen auch eine der preußisch-norddeutschen ähnliche Uniformi-

rung und Ausrüstung einzuführen, worin ihnen bekanntlich Baden und Darmstadt schon vorangegangen sind, und wozu für Bayern außerdem auch noch die Annahme des Zündnadelgewehrs für die Bewaffnung seiner Infanterie hinzutreten würde. Grade bei diesen letzten, somit faktisch noch allein auststehenden Punkten verstärkt sich, jedoch bei diesem Staate wie bei Württemberg der Widerstand, denn beide Staaten besorgen mit der Annahme dieser Uniformität zugleich selbst den bisher noch so sorgsam gewahrten Schein einer freien Verfügung über ihre Truppen und damit den letzten Rest ihrer politischen Selbstständigkeit aus den Händen zu geben. Denselben Zweck der Wahrung einer gewissen Selbstständigkeit verfolgen nicht minder auch die Einschaltungen der kleinen Abweichungen von den norddeutschen Normen, welche beide Staaten sich in den von ihnen ihren Kammern vorgelegten Wehrgegentwürfen gestattet haben und von denen sie nicht absehen zu wollen erklären.

Immerhin gewähren indeß gerade diese Wehrgegentwürfe den Beweis, wie viel gegen die früheren deutschen Wehrzustände unter dem Einfluß der Anregung der politischen Ereignisse des letzten verflossenen Jahres schon gewonnen worden ist. Bayern ist in seinem Entwurf über die preußischerseits von ihm nur beanspruchte Aufstellung zweier vollständigen Armeekorps sogar um 4 Bataillone, 28 Batterien und 2 Pionier-Kompagnien noch hinausgegangen, wogegen es in Hinsicht der Kavallerie allerdings um 10 Eskadrons hinter der preußisch-norddeutschen Norm zurückbleibt. Baden und Darmstadt sind hinter der Forderung der Stellung eines Armeekorps nur um 5 Eskadrons und 4 Kompagnien Festungs-Artillerie zurückgeblieben. Württemberg hat zwar die spezielle Ausführung seines Entwurfs noch nicht veröffentlicht, doch steht bereits fest, daß dieser Staat für sich allein ein volles Armeekorps aufzustellen beabsichtigt. Dazu treten für Bayern noch 32, für Baden und Darmstadt zusammen 16 und für Württemberg wahrscheinlich ebenfalls 16 Landwehr-Bataillone. Statt 1866 noch höchstens 100,000 Mann, würde demnach der deutsche Süden in Zukunft 160,000 bis 170,000 Mann ins Feld zu stellen vermögen. Ein Zusammenwachsen der süddeutschen Staaten gegen den deutschen Norden bleibt gerade nach dem Ergebnis der letzten Militärfkonferenz aber zum wenigsten zu befürchten, denn, nach allen Nachrichten würden sowohl Bayern wie Württemberg unbedingt noch lieber sich in militärischer Beziehung Preußen und Norddeutschland unterordnen, als daß sie sich gegenseitig auf diesem Gebiet nur die geringste Koncession machen sollten. Die Idee eines deutschen Südbundes vor Allen erscheint mit dem Ausfall dieser Konferenz für immer eingesetzt und zu Grabe getragen.

Wofern, was jedoch noch sehr zweifelhaft erscheint, die neuen Gatling-Kanonen oder Mitrailleurs bei der preußisch-norddeutschen Armee eingeführt werden sollen, darf als sicher angenommen werden, daß eine Überweisung derselben an die einzelnen Infanterie-Bataillone wie in der französischen Armee keinesfalls erfolgen wird, sondern daß höchstens die Zuteilung einiger dieser Stücke zu der Avantgarde oder der Reserve-Artillerie statthaben dürfte. Preußische Berichte über Versuche mit diesen neuen Geschützen liegen noch nicht vor, die englischen und belgischen Versuche dieser Art haben dagegen bereits eine Veröffentlichung erfahren und führen dieselben übereinstimmend die erste hoch gerühmte und veranschlagte Wirksamkeit dieser neuen Erfindung auf ein sehr bescheidenes Maß zurück. Eigentlich kann bei diesen Geschützen aber kaum von einer neuen Erfindung die Rede sein, denn dieselben sind einfach nichts anderes, als die besonders von den Türken schon vor mehr als zweihundert Jahren vielfach gebrauchten Orgelgeschüsse mit Hinzufügung einer Revolvervorrichtung. Möglich sogar, daß es nach den auch aus der französischen Armee verlautenden absprechenden Urtheilen über die Wirksamkeit dieser Geschütze mit der einen Anwendung derselben bei Mentana kein Beweisen haben dürfte.

Δ Berlin, den 17. Dezember. Das Gerücht von der nahe bevorstehenden Ernennung eines besonderen Ministers für die auswärtigen Angelegenheiten tritt wieder mit großer Bestimmtheit auf. Wah ist allerdings, daß die Geschäfte, welche dem Grafen Bismarck zufallen, die Kraft eines Mannes zu überschreiten drohen.

Dennoch hat es nicht den Anschein, daß Graf Bismarck bereits in nächster Zeit das Ministerium des Auswärtigen abgeben werde.

Der Bundesrat pro 1868, welcher bereits abgeschlossen ist, führt einen unbesoldeten Bundeskanzler auf und der preußische Staat für denselben Zeitraum, welcher seinem Abschluß nahe ist, zeigt durch daß Balkat in den Besoldungen des Minister, daß wenigstens noch für die Dauer des nächsten Jahres die Portefeuilles des Ministerpräsidenten und des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in der Hand des einen Mitglieds des Staatsministeriums vereinigt sein werden.

Schon früher konnte ich Ihnen mittheilen, daß es die Absicht der Regierung sei, die Tätigkeit des preußischen Landes-Dekolonial-Kollegiums zunächst über die anderen Staaten des Norddeutschen Bundes, und später, wo möglich, über sämtliche deutschen Staaten auszudehnen. Das Bedürfnis nach einer solchen Centralisation der landwirtschaftlichen Interessen thut sich in verschiedenen außerpriußischen Staaten kund. So ist vor Kurzem von Seiten des Vereins für Land- und Forstwirtschaft im Herzogthum Braunschweig der Wunsch hierher zu erkennen gegeben, daß das Landes-Dekolonial-Kollegium auch Mitglieder aus den übrigen Bundesländern aufnehmen möge. — Die Landwirtschaftlichen Central-Vereine für die Regierungsbezirke Potsdam und Frankfurt a. O. haben die Absicht, im nächsten Jahre bei Berlin eine internationale Mähmaschinen-Prüfung zu veranstalten. Sie haben sich bereit erklärt, die Kosten für dies Unternehmen zu tragen, wenn das Ministerium einen Zuschuß gewährt.

— Aus London wird telegraphiert: Der preußische Botschafter Graf Bernstorff hat das auswärtige Amt davon in Kenntniß gesetzt, daß er vom 1. Januar ab in der Eigenschaft eines Vertreters des Norddeutschen Bundes beglaubigt sein wird.

— Über den im Vertrage zwischen der Krone Preußen und dem Herzog von Nassau errichteten Trierer Domshaus erfährt der „Rh. Cour.“ Folgendes: Derselbe befindet sich theils in der herzoglichen Silberammer, theils im Domshaus zu Limburg. Die Gegenstände wurden s. z. vor den Franzosen nach Ehrenbreitstein gerettet und kamen mit den abgetretenen kurtrierschen Landestheilen in nassauischen Besitz. Auch reklamierte Nassau in mehreren damals mit Trier gewählten Noten den nach Bamberg und später nach Augsburg geflüchteten heiligen Rock, ohne denselben jedoch erlangen zu können. Von den in Limburg befindlichen Reliquien wurde die wichtigste in einem Weilburger Gymnasialprogramm (1820) von Krebs und verflossenes Jahr von Professor aus'm Weerth in Bonn beschrieben. (Ein Siegeskreuz des Kaisers Konstantius Porphyrogenitus u. s. w.) Diese Reliquie wurde 1205 bei der Einnahme Konstantinopels durch die Franken und Venetianer unter Herzog Balduin durch einen Trierischen Ritter, Heinrich v. Ulmena erbeutet und 1207 nach Deutschland gebracht. — Aus der Silberammer ist bemerkenswerth ein Kelch, der aus einer großen Anzahl römischer Goldmünzen zusammengesetzt ist.

— Aus der Vorlage der Regierung, betreffend den Bau der Eisenbahnen Dirschau-Schneidemühl und Thorn-Insterburg, entnehmen wir folgende Notizen: „Die Dirschau-Wangeriner Eisenbahn, welche eine neue kürzeste Verbindung von Ruhland und der Provinz Preußen nach Stettin, Hamburg, Bremen und darüber hinaus erschließt, ist auch im militärischen Beziehungen von hervorragender Bedeutung, indem durch sie eine neue unabhängige Verbindung der Provinz Preußen mit Schleswig-Holstein und Hannover, so wie insbesondere der Marinestädte Danzig, Kiel, Geestemünde und an der Jade erschlossen wird. — Die Thorn-Insterburger Bahn soll den Transitverkehr von Ruhland nach Leipzig und dem südwestlichen Deutschland dem preußischen Inland auf möglichst großen Strecken erhalten und bildet ein Glied der im Entstehen begriffenen Eisenbahnlinie von Trier und Aachen aus über die feste Brücke bei Düsseldorf durch das Ruhrthal auf Kassel, von da über Halle, Guben, Posen, Thorn, Insterburg nach Tilsit resp. Memel und Riga. — Die Bahn Thorn-Insterburg wird 39^{1/2} Meilen lang und kostet 330,000 Thlr. pr. Meile, dazu kommen 2,750,000 Thlr. für den Bau der Weichselbrücke bei Thorn, für den Bahnhof daselbst

und die Führung der Bahn durch die Festung bis zum Anschluß an die bestehende Bahn auf dem linken Weichselufer.“

— Die Preußische Boden-Credit-Aktion-Bank geht ihrer Verwirklichung entgegen. Es sind folgende Herren Mitglieder des provisorischen Kuratoriums und haben sich als solches konstituiert: Georg Beer, Kaufmann hier selbst; v. Bonin, Staats-Minister a. D., Mitglied des Hauses der Abgeordneten; G. Böhm, Oberamtmann in Königsberg i. Pr.; Dr. Engel, Geh. Ober-Negerungs-Rath, Direktor des statistischen Bureaus, Mitglied des Norddeutschen Reichstages und des Hauses der Abgeordneten; Freiherr G. v. d. Heydt, Konf. a. D.; Hüns, Königlicher Leibamts-Direktor; Jachmann, Landrat z. D.; Otto Janke, Kommerzienrat, Verlagsbuchhändler; A. F. W. Karsten auf Lichtenfelde bei Berlin; Fr. Knoblauch, General-Direktor der Magdeburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft in Magdeburg; Oskar Krause, Fabrikbesitzer hier selbst; v. Kries, Regierungs-Chef-Präsident a. D., Rittergutsbesitzer auf Szwarczewo; Heydemann, Rittergutsbesitzer; F. R. Laubmeyer, Kaufmann in Königsberg i. Pr.; Lüdike, Justizrat hier; v. Delrichs, General-Lientenant z. D. hier; Scharnebeck, Landrat, Mitglied des Hauses der Abgeordneten, hier selbst; Schuhmann, Geheimer Ober-Negerungs-Rath, vortragender Rath im Ministerium der landwirtschaftlichen Angelegenheiten; Schwanitz, Regierungs-Rath in Magdeburg; Schwarz, Rittergutsbesitzer auf Groß-Schellenberg bei Gerdauen; H. Spielhagen, Kaufmann hier selbst; C. Spinn jun., Fabrikbesitzer hier; Skawiky, Major a. D. in Köln; Steffen, Rittergutsbesitzer auf Klein-Klein; Lehmar, Landrat z. D. hier selbst; Voigt, Rathsmaurermeister hier; D. Wien, Kommerzienrat in Königsberg i. Pr. (Firma: Ernst Gastele); Wolff, Rechtsanwalt hier selbst.

— Nach einer im letzten Kreisblatt publicirten Bekanntmachung des Landrats-Amtes in Ratibor ist die Mindereyest, nachdem mit dem heutigen Tage die Ortsperre in der letzten infizierten Ortschaft aufgehoben ist und auch in den Nachbarkreisen weitere Erkrankungen nicht vorgekommen sind, im Inlande als erloschen anzusehen. (Schles. Ztg.)

— Die Deutschen in Milwaukee haben eine Fahne in den norddeutschen Bundesfarben dem Reichstage zum Geschenk gemacht. Dieselbe ist begleitet von einer Adresse an den Präsidenten Simson.

Brilon, 15. Dezember. Die katholische Einwohnerschaft hiesiger Stadt hat ebenfalls eine Petition zu Gunsten des Papstes an Se. Majestät den König gerichtet. Es heißt am Schlusse der Einlage wörtlich:

Allernächster König und Herr! Wir vertrauen, daß Ew. Majestät die Gefühle, welche uns bei den unerhörten Angriffen auf das Recht unseres heiligen Vaters bewegen, und die Nachtheile, die auch uns durch dieselben bedrohen, in landesväterlicher Huld würdigen und unsere Bitte: für das Besitzthum des heiligen Vaters und seine Freiheit und Unabhängigkeit einzutreten, Allerhöchst gewähren werden.

Hannover, 16. Dez. Den aus der hannoverschen Armee in preußischen Diensten wieder angestellten Offizieren und Mannschaften ist gestattet worden, die ihnen aus ihrem früheren aktiven Verhältnisse als Abzeichen für eine zurückgelegte bestimmte Dienstzeit verliehenen goldenen und silbernen Wilhelmmedaillen auch jetzt zu tragen. Die Inhaber der Medaille sind bei einer zurückgelegten 21jährigen bez. 25jährigen Gesamtdienstzeit bez. zu der Dienstauszeichnung erster Klasse und dem goldenen Dienstkreuz in Vorichag zu bringen. (N. Pr. Ztg.)

Nordhausen, 16. Dez. Alle definitiv angestellten Beamten und alle Diätarien der Halle-Kasseler Eisenbahn, welche nicht mehr als 500 Thlr. Gehalt beziehen, erhalten vom 1. Dezember d. J. ab für die nächsten 6 Monate eine Theuerungszulage von 10 p.C. ihres monatlichen Gehalts. Allen dauernd beschäftigten Arbeitern der Bahn ist für die gleiche Zeit eine Zulage von täglich 1 1/4 Sgr. bewilligt. (N. Pr. Ztg.)

Thorn, 15. Dez. Die Handelskammer wandte sich bekanntlich Ende vor. Monats an die Königl. Direktion der Ostbahn mit dem Gesuche, Thorn in den direkten Verkehr mit Hamburg aufzunehmen. Die Königl. Behörde erklärt ohne Angabe

Die Frauen Kaliforniens.*)

Die Entdeckung der Goldlager in Kalifornien im J. 1847 und das Dahinstromen der Goldsucher hat zu einer sozialen Eigenthümlichkeit Unfahrt gegeben, die wir anderswo in der Geschichte nicht finden. Sobald die Nachrichten des Goldreichthums in den Oststaaten Nordamerikas und in Europa bekannt wurden, zogen Tausende und Aber-tausende über die Prärien und Gebirge des Westens und es stand ihnen keine andere Richtschnur zur Hilfe als der Kompaß, der ihnen den Weg immer weiter und weiter andeutete. Sie bedurften der Art, sich einen Pfad zu machen, und konnten das Pferd und Maul-thier nur zur Erleichterung ihrer Last, Proviant und Arbeitsgerätschaften zu transportiren, benutzen, denn an einen Fahrweg war ja in jenen Zeiten nicht zu denken. Diese Leute begründeten den Weg, der jetzt unter dem Namen „Overland Mail Route“ bekannt ist. Mit jedem Zuge erweiterte sich derselbe und schon im J. 1848 konnte er mit Wagen befahren werden; jetzt ist er eine bequeme Landstraße und hat nur in den Rocky Mountains, wo steile Berge zu überschreiten sind, den Anschein der Gefahr, die jedoch durch die geübten Fuhrleute von Wells Fargo und Co's. Schnellwagenlinie abgewandt wird.

Unternehmende Schiffsschöpfer schickten sofort Dampfschiffe nach dem Stillen Meere und errichteten Dampfschiffverbindungen zwischen New-York und der Ostküste Centralamerikas, so wie von der Westküste des Isthmus nach San-Francisco. Es wurden zunächst drei Routen benutzt, Centralamerika zu überschreiten, nämlich durch Honduras nach dem Golf von Tehuantepec, durch Nicaragua und über Panama. Die beiden letztern bestehen bis zum heutigen Tage und gewinnen von Jahr zu Jahr an Bedeutung. Auf diesen Wegen machte die Mehrzahl der Goldsucher ihre Reisen nach Kalifornien, während noch andere die längere Reise in Segelschiffen um Kap Horn wählt, wodurch sie indeß 3 Monate später in das Goldland kamen als die ersten. Die Reisen während der ersten Jahre der Entdeckung des Goldreichthums Kaliforniens waren mit großen Schwierigkeiten verbunden; durch Centralamerika mußte man sich damals in kleinen Ruderbooten, zu Fuß und zu Maul-thier durcharbeiten und die Art mußte den ersten Reisenden den Weg bahnen. Dies alles ist jetzt anders anders geworden und der-

artige Schwierigkeiten haben den größten Annehmlichkeiten Platz gemacht, die nur auf Reisen zu finden sind. Die brillanten Dampfschiffe und bequeme Eisenbahnen sind an deren Stelle getreten.

Es ist selbstredend, daß in den ersten Jahren nur Männer die Reise machten, und die Frauen so lange zu Hause blieben, bis dort Schäfe gesammelt waren und das zarte Geschlecht auf eine bequeme Weise befördert werden konnte. So kam es denn, daß in den Jahren 1847 und 1848 die weiße Bevölkerung fast ausschließlich aus Männern bestand. Es waren schon 100,000 Männer in Kalifornien, als Frauen noch zu den Seltenheiten gehörten. Denken Sie sich eine solche Anzahl Junggesellen, Wittwer oder Strohwittwer allein in einem Lande ohne Frauen und Kinder! Welchen Eindruck wird es auf dieselben gemacht haben, als sie nach zwei Jahren einmal wieder eine Frau zu Gesicht bekommen haben? Sie werden auch den Zustand zu würdigen wissen, in dem die ersten Frauen, welche in Kalifornien eingewandert sind, sich befunden haben, und die sofort eine große Anzahl von Heirathsanträgen erhielten. Es kann uns nicht wundern, daß sich das Goldfieber auch der Frauen bemächtigte und sie dem den Vorzug gaben, der ihnen das meiste Gold zu bieten hatte, und wir finden, daß ein Mann, um sich die Treue seiner Frau zu sichern, das Muster eines Ehemannes sein mußte. Die Frauen wurden in den ersten Jahren vergöttert; ging eine solche seltsame Erscheinung durch die Straßen San Francisco's, so hörte das Geschäft auf, Käufer und Verkäufer, der Chef und der Buchhalter ließen an Thür und Fenster und zollten den Göttin ihre Erfurcht. Die Geschenke, welche derzeit den Damen gemacht wurden, waren weder Armbänder noch Halsschmuck oder Diamanten, noch geprägte Münzen, dies alles hatte man dort in den ersten Jahren nicht; es war nur ein ansehnliches Beutelchen von Leinen oder Leder, gefüllt mit Goldstaub. Mit den Damen kam indeß auch bald der Luxus in das Land, das Beste und Schönste der Pariser Moden; die feinsten Weine und Delikatessen wurden importirt und mit fabelhaften Preisen bezahlt, und so gehört denn in der gegenwärtigen Periode San Francisco zu den hervorragendsten Städten des Luxus der Welt.

Die Damen stehen noch heute auf einer höheren Stufe der Achtung als in irgend einer andern Stadt; sie sind dort nicht dem beleidigenden Gassen und den herausfordernden Blicken von Gecken aus dem Bremer „Emigranten“.

ausgesetzt, wie solches in andern großen Städten der Fall ist. Das Verhältniß der weiblichen zu der männlichen Bevölkerung Kaliforniens ist jetzt erst 1 zu 5, während in den Oststaaten Amerikas, z. B. in New-York und Massachusetts, die weibliche Bevölkerung die männliche übertrifft. Junge Damen, die dort noch beständig einwandern, machen rasch ihr Glück. Wenig Vermittelte nehmen entweder eine Stelle in einer Familie an oder eröffnen ein Geschäft als Putzmacherin, Kleidermacherin und dergleichen; es fehlt ihnen nicht an Gelegenheit, in Gesellschaften eingeführt zu werden, und nachdem sie den Charakter des Mannes, der ihnen Aufmerksamkeit zollt, geprüft, verheirathen sie sich bald. Unter den verheiratheten Frauen findet man auch solche, die früher der Demi Monde angehört haben, jetzt aber achtbare Mitglieder der Gesellschaft, gute Ehefrauen und sorgsame Mütter geworden sind.

Das Gesetz behandelt die Ehe wie einen Civilkontrakt, und Scheidungen auf Antrag der Frauen kommen häufig vor. Unter welchen Umständen mitunter Frauen, auf die Macht ihres Geschlechts vertraut, Scheidungen suchen, mag folgender Fall erläutern: Im vergangenen Winter beantragte eine Frau die Scheidung aus dem Grunde, daß sie ihren Mann unter falschen Vorstellungen geheirathet habe. Sie habe ihn vor 5 Jahren unter der Voraussetzung geheirathet, daß er 10,000 Doll. jährlich zu verzehren habe, und er habe auch einige Jahre ihren Haushalt in dieser Weise geführt; jetzt habe er aber nur eine jährliche Einnahme von 1000 Doll., und sie könne nicht damit auskommen, indem sie an ein zurückgezogenes Leben nicht gewöhnt sei. In Anbetracht dessen, daß der Grund ungenügend und ein Haushalt mit 1000 Doll. zu führen ist, wurde ihr Antrag von dem Gericht abgewiesen. Die fleißige und arbeitsame deutsche Frau wird dort sehr gefragt. Während die Amerikanerinnen den Platz des europäischen Adels einnehmen wollen, begnügt sich die deutsche Frau mit einem ruhigen, soliden Haushalte und ist dem Farmer und Handwerker eine angenehme Hilfe und Gesellschafterin, verzehrt nicht allein das Geld nicht, welches ihr Mann verdient, sondern trägt durch ihre Umsicht im Haushalte dazu bei, es zu vermehren. Von der Natur nicht bevorzugte Frauen, die aus ihnen selbst bekannten Gründen nicht heirathen, finden gute Stellen als Haushälterinnen, Gouvernanten, Köchin-nen, Dienerinnen, oder ernähren sich durch Nähen oder Waschen.

des Motives, daß dem Gesuche, welches einem thatsächlich bestehenden Verkehrsbedürfnisse Ausdruck verlieh, zur Zeit noch nicht Folge gegeben werden kann, obgleich der Güterverkehr, wie die Handelskammer nach statistischer Feststellung erwies, zwischen Station Thorn und Hamburg ein sehr lebhafter ist. „Bis Mitte Oktober e. — so sagt der Bescheid der Königl. Direktion — sind sämtliche Güter von Hamburg nach Thorn auf Berlin, resp. Frankfurt a. O. kartiert und dort direkt nach Thorn weiter expedirt worden. Dies Verfahren hat jedoch vielfache Reklamationen hervorgerufen, zu deren Vermeidung seit der gedachten Zeit die Anordnung getroffen ist, daß die von Hamburg für Thorn bestimmten Güter auf Bromberg kartiert werden. Durch diese Anordnung ist jedoch ein Mehraufwand weder an Zeit noch an Frachtkosten hervorgerufen.“ Da der Bescheid das Gesuch der Handelskammer nicht erledigt, so wird die Handelskammer in der in Rede stehenden Angelegenheit, welche das hiesige Speditionsgeschäft sehr berührt, weitere Schritte thun. Bromberg z. B. und Elbing, das sei noch bemerkt, deren Handelsbeziehungen mit Hamburg beschränkt sind, sind in direkten Verkehr mit Hamburg aufgenommen. — Den Thorner Niederungsgebächen auf dem rechten Weichselufer wird seitens der königl. Regierung zur Erhöhung und Verstärkung ihres Dammes ein Darlehen von 100,000 Thlr. gewährt, welches erst nach fünf Jahren seit dem Tage der Auszahlung mit 3% verzinst und 2% amortisiert wird. Die Arbeit werden selbstverständlich die Bewohner selbst ausführen.

Bayern. Nürnberg, 14. Dezember. Am letzten Sonntag wurden die hier garnisonirenden Soldaten katholischer Konfession, wie jeden Sonn- und Feiertag, zur Kirche geführt. Als der Gottesdienst beendigt war, stellte der funktionirende Kaplan an den für den Kirchgang kommandirten Offizier das Anstinen, die Soldaten in die Sakristei zu befehlen, um eine dort aufliegende Adresse an den Papst zu unterschreiben. Der Offizier entgegnete jedoch, er habe wohl Weisung, die Soldaten in die Kirche zu begleiten, nicht aber, sie zur Unterzeichnung einer Adresse an den Papst zu kommandiren. (B. 3.)

Oesterreich.

Aus Westgalizien, 13. Dezbr. Der Nothstand, welcher seit einiger Zeit in mehreren Provinzen Oestreichs — zumal in der kroatischen Lika — in einem besorgniserregenden Grade herrscht, scheint durch die schlechte Ernte und andere volkswirtschaftliche Kalamitäten sich leider auch nach den nördlichen Gegenden zu verbreiten und namentlich unserem ohnedies schwer heimgezuchten Lande eine neue harte Prüfung aufzuerlegen. So gehen uns seit einigen Tagen — zumal aus den westlichen Kreisen — eine Reihe höchst trauriger Nachrichten zu. In vielen Bauernwirtschaften, ja auch den kleineren Gutsbesitzern mangelt es an Futter, weshalb Kühe und anderes Hornvieh zu außergewöhnlich billigen Preisen verschleppt werden, eine Kalamität, die selbstverständlich unseren Spekulanten den Geldsäckel füllt. Bezüglich der Nahrung der armen Landleute ist — wie ich schon in meinen früheren Briefen bemerkte, — die Kartoffel fast ganz ausgefallen, und an einen ausreichenden Brotvorrath kann bei den hohen Mehlpriisen schon gar nicht gedacht werden. So besteht also die Nahrung unserer Landleute fast ausschließlich aus Sauerkohl (Kapusta) und etwas Haidekorngrüne, die man lieber als Brei denn als Brot genießt. Unter solchen Umständen sind die Preise der Lebensmittel auch in den Städten gestiegen, worüber man — zumal über die Theuerung des Brotes — allgemein Klage führt. Um nun gutes und verhältnismäßig billiges Brot herzustellen, werden vom 1. Januar f. J. ab die Dampfbäckereien unseres Großgrundbesitzers Graf Wodzicki in Przemysl, Rzeszow und Tarnow ihre Thätigkeit beginnen, wodurch wir unserem

Kleine Mittheilungen.

Vogumil Goltz, der reisende Vorleser, pflegt unter anderen Vorträgen auch einen über Göthe zu halten und in diesem unserem Dichterfürsten wegen des Szenenlagers der Seelenheimer Friederike so gräulich herunter zu lanceln, daß der alte Pastor Brion, der Vater jener Jugendgeliebten Göthe's, es schwerlich ärger zu thun im Stande gewesen sein dürfte. Goltz macht Friederike gradezu zur Heiligen und den armen Wolfgang zu einem so schlechten Kerl, daß man glauben muß, es hätte kein Hund einen Bissen Brot von ihm annehmen wollen. — Was uns betrifft, so können wir nicht umhin, ein solches Verfahren für höchst ungeeignet zu erklären. Wenn Friederike selbst Göthe's verzieren, wie das der Fall nach Göthe's eigenem Geständnis, wer hat ein Recht, Legiterem fort und fort darüber den Prozeß zu machen? Am Wenigsten darf es in so burschikos-plumper Weise geschehen, wie Goltz das thut.

Von Meister Bonaventura Genelli in Weimar erschien vor kaum Jahresfrist bei F. A. Brockhaus in Leipzig der berühmte Bildzyklus „Aus dem Leben eines Wüstlings“ (auf Stein gezeichnet von Georg Koch in Kassel). Jetzt bereits editirt der Verlag von Alphons Dürr in Leipzig einen ähnlichen Zyklus desselben Malers. „Aus dem Leben eines Künstlers“ (in Steyler geschnitten von Burger, Gonzenbach, Merz und Schulz in München). Die „Süddeutsche Presse“ bezeichnet das Ganze als ein Memoirenwerk in Bildern. Dies Werk, sagt sie, gibt deutlicher als irgend ein anderes Kunde von Genelli's Künstlernatur; es bildet gewissermaßen sein Tagebuch, in welchem er bedeutsame Momente seines Lebens, von den Erinnerungen frühesten Jugend an bis in sein reifes Mannesalter, mit ergreifender Schönheit bildlich dargestellt hat.

Die praktischen Amerikaner scheinen der europäischen literarischen und künstlerischen Berühmtheiten, die nun über den Ozean kommen, um ihre, d. h. der Amerikaner Säckel zu leeren, bereits ziemlich überdrüssig geworden zu sein, denn die Journale stimmen über deren Besuchs bereits einen sehr wegwerfenden Ton an. Charles Dickens, der Mitte November in Boston anlangte, wird vorgeworfen, daß er in seinen „American Notes“, die er nach seinem ersten Besuch auf dem amerikanischen Festlande herausgab, wenig Schmeichelhaftes über die Sitten und Lebensweise in „Neu-England“ berichtet. Noch übler wird Lamartine mitgespielt von dem die Zeitungen verkündeten, daß er gleichfalls Amerika zu bereisen gedenke.

Die New-Yorker Abend-Ztg. schreibt: „Der „große Bettler“ Lamartine ist erbötig, die Vereinigten Staaten mit seinem Besuch zu beeindrucken, wenn das dazu nötige Geld durch eine Kollekte aufgebracht wird.“ Ein anderes New-Yorker Blatt macht dazu die maliziöse Bemerkung, es hoffe nicht, daß diese Kollekte zu Stande komme, weil sonst eine zweite nötig würde, um ihn wieder nach

Adel abermals einen volkswirtschaftlich-sozialen Fortschritt zu verdanken haben. Die Nachricht, daß demnächst bedeutende Truppenverstärkungen — zumal an Kavallerie — in Galizien eintreffen sollen, erhält sich. Man bezeichnet zwei Husaren-, ein Dragoner- und ein Ulanen-Regiment, welche im Bochnier, Tarnower und Rzeszower Kreise nach der polnischen Grenze vorgeschoben werden sollen. (Bresl. Ztg.)

Großbritannien und Irland.

London, 14. Dez. Durch eine Depesche des Obersten Meiereiher aus Mukutto, 23. Nov., an den Staatssekretär für Indien wird die Nachricht, daß von den Gefangenen in Magdalabriece vom 28. Okt. eingetroffen seien, und daß es ihnen wohl ergehe, amtlich bestätigt. Auch war eine Geldsendung aus Massaua in ihren Besitz gelangt. Der mit ihnen eingelernte abessinische Geistliche war jedoch am 25. Oktober einem Herzöbel unterlegen. Außer der bekannten Mitteilung, daß wieder drei abessinische Dörfer den Engländern „Brot und Salz“ angeboten haben, erfährt man aus anderer Quelle, daß der Herrscher von Tigre sich geneigt erklärt habe, der Expedition seine Dienste zur Verfügung zu stellen. Dieses Anerbieten aber werde mit Misstrauen angesehen und vorerst nicht angenommen werden, da der Deschatsch im Verdacht stehe, mit dem Vicekönige von Egypten im Einverständnisse zu sein, dessen Intervention (wenn man die Verstärkung der egyptischen Garnisonen an der Küste in diesem Lichte betrachten darf) wahrscheinlich zu unangenehmen Verwicklungen führen würde. Der Vicekönig hat bekanntlich von jeher Absichten auf Annexion abessinischen Gebietes gehabt und theilweise auch schon verwirklicht; es wäre gar nicht zu verwundern, wenn er den bevorstehenden Krieg zwischen Ihren Majestäten Victoria und Theodor als eine günstige Gelegenheit ansäße, die Rolle des Dritten zu spielen, der die Beute von dannen treibt.

Italien.

Rom, 10. Dezember. Die Wirksamkeit der katholischen Verbene, die ordentlichen wie außerordentlichen Beiträge zum Fonds des Petersgroschens wie zu den laufenden Ausgaben seiner Verwaltung zu mehren, hat in den letzten Monaten mehr erzielt, als man selbst hier erwartete. In letzter Woche ging bei der Kasse des Petersgroschens aus Wien eine bedeutende Summe in Wechseln ein, man hört von einigen Millionen Francs. Es waren dabei Gaben von einem jeden Gliede der kaiserlichen Familie und ihren Verwandten und, was sehr bemerkenswert ist, auch ein ansehnlicher Beitrag von dem protestantischen Könige von Hannover. Hier ist man jetzt über eine Wiederholung von Einfällen, wie die im Oktober waren, durch die Versprechungen General Faillly's in so weit beruhigt, daß die ganze nördliche Grenze unter französischer Obhut gesichert ist; allein in Rom selber wollen sich die Zustände gar nicht wieder mit der alten Ordnung und Ruhe anstellen: bei Lage nicht militärischer Apparat auf Straßen und Plätzen, des Nachts viele Patrouillen, nach allen Seiten hin das Gefühl des Provisorischen und der Ungewissheit.

Russland und Polen.

Aus Livland. Der diesjährige außerordentliche livländische Landtag hat sich in seiner dreiwöchentlichen Thätigkeit neben der Lautzreform hauptsächlich mit dem Befehl wegen Einführung der russischen Sprache in die Staatsbehörden beschäftigt. Es ist beschlossen worden, dem Kaiser eine Adresse zu unterbreiten und in dieser offen und loyal um Aufrechthaltung des Landesrechts zu bitten, das von Peter dem Großen und sämtlichen Nachfolgern desselben als die Grundlage des öffentlichen Zustandes unserer Provinzen anerkannt, durch Akte vom 4. Juli 1710 und die

Frankreich zu schaffen. Rücksichtsloser und ungalanter kann man nicht gut einen Besuch ablehnen.

Man beabsichtigt in Paris eine große deutsche, täglich erscheinende Zeitung zu begründen, an deren Redaktion Hans Wachenhusen beteiligt sein wird, der, nachdem er die häusliche Einrichtung des Impressario Ullmann käuflich an sich gebracht, den Ehrengesetz der in Paris sich heimisch machenden Franzosen theilen und sagen kann, daß er in „ses meubles“ wohnt. Nebrigens arbeitet Wachenhusen an einem neuen Roman „Aus dem Pariser Leben“ für Otto Janke in Berlin.

Wir haben fürzlich, als wir an dieser Stelle meldeten, daß in London die Theaterdirektionen nach und nach alle in die Hände von Frauen kommen zu wollen scheinen, angeführt, daß eine dieser Direktoren sich einen großen Ruf als Darstellerin des unglückseligen Dänenprinzen Hamlet gemacht habe. Eine französische Schauspielerin, Madame Judith, ehemals am Theater français angestellt, hat dieser Ruf nicht ruhen lassen, und so ist dieselbe denn fürzlich im Pariser Gaîté-Theater ebenfalls als Hamlet vor ihr Publikum hingetreten. Obwohl dieses den abgeschmackten Versuch nicht eben sehr günstig aufgenommen zu haben scheint, sind wir in Deutschland doch nicht sicher, ihn von irgend einer unternehmenden Mimin auch gemacht zu sehen. Es gibt Throrheiten, die anstecken und hier liegt augenscheinlich eine solche vor.

Im Verlage von Karl Grüninger in Stuttgart erscheint eine Sammlung von Portraits berühmter deutscher Männer durch photographische Nachbildung nach den besten Originale vervielfältigt. Die beiden ersten bis jetzt editirten Lieferungen enthalten das Bildnis von Göthe nach dem Portrait von May aus dem Jahre 1779, das von Schiller nach dem Bilde von L. v. Simmering (von 1734), das von Mozart nach Tischbein (von 1790) und endlich dasjenige von Beethoven nach Dörfel (von 1819). Späteren Lieferungen sollen zunächst die Köpfe von Luther, Melanchthon, S. S. Bach, Haydn, Lessing, Herder, Rückert, Uhland, Humboldt und Friedrich dem Großen aufweisen. Die ganze Unternehmung „Kaisers's Portrait-Gallerie“ betitelt, ist dem kunstfertigen Publikum bestens zu empfehlen.

Karl Simrock hat bei Cotta in Stuttgart in neu deutscher Bearbeitung von „Freidanks Bescheidenheit“, d. h. jenes Laienbrevier herausgegeben, das Wilhelm Grimm: Walther von der Vogelweide, wie aber Simrock glaubt, mit Unrecht zugesprochen hat. Bescheidenheit bedeutet hier bekanntlich so viel als Bescheidentheilung, das will sagen: eine Aufstellung von Wahrheiten und Regeln, aus und für das Leben, wie sie für alle Zeit und selbstverständlich demnach auch für die heutige noch gelten können.

Bevor Friedrich Gerstäcker in der Mitte dieses Jahres (1867) einen seiner üblichen „kleinen“ Ausflüge über den Ozean

Stipulationen des Nyßäder Friedens rechtlich sanktionirt worden ist. Der Zeitpunkt für Überreichung dieser Adresse steht noch nicht fest, da der Landmarschall, Kammerherr v. Lilienfeldt, ermächtigt ist, zuvor alle anderen ihm zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden. Nichts desto weniger ist die Spannung, mit welcher dem Resultat dieses Schrittes entgegengesehen wird, bereits gegenwärtig eine fieberhaft erregte; in Riga ist seit Wochen nur von der Entscheidung der Sprachenfrage die Rede, da dieselbe für diese Stadt, die mit den Staatsbehörden in ununterbrochenem Verkehr steht, geradezu eine Lebensfrage bildet. — Gegen Ende November bereits ist der livländische Civilgouverneur Dr. v. Dettingen nach Petersburg abgereist; man bringt diese Reise mit der Entscheidung der Sprachenfrage, die nunmehr definitiv erfolgen soll, in Verbindung. (N. Pr. 3.)

Türkei.

— Die Note wegen Deffnung der Dardanellen zur Nachtzeit für alle Schiffe jeder Flagge ist der Pforte überreicht, unterzeichnet von den Repräsentanten Russlands, Englands, Preußens, Amerika's, Spaniens, Belgien's, Hollands, Schwedens und Griechenlands. Frankreich und Oestreich haben sich nicht daran beteiligt, und der italienische Gesandte hat zuvor die Instruktion seiner Regierung erhalten zu wollen erklärt.

Vom Landtage.

18. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Berlin, 17. Dezember. Eröffnung 10 $\frac{1}{2}$ Uhr. Am Ministerialer Dr. v. Heydt mit mehreren Kommissarien.

Vom Herrenhause ist der gestern von ihm genehmigte Gesetzentwurf betr. die Todeserklärung nach dem letzten Kriege an das Präsidium gelangt und wird der Justizkommission überwiesen.

Erster Gegenstand der L. D. ist der Bericht der Finanzkommission über den Gesetzentwurf betr. die Einfuhr von Spieltkarten, sowie den Handel mit solchen.

Der aus 10 Paragraphen bestehende Entwurf hatte zunächst die Zustimmung der Kommission gefunden, die nur den §. 4 (Anwendung der Strafbestimmungen) geändert hatte. Dann aber hatten die Mitglieder der Kommission einen neuen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der die Steuer- und Strafbestimmungen in ihrer Gesamtheit mit aufgenommen und die Zustimmung der Staatsregierung, die dieser Redaktionsform anfänglich widerstreite, nachträglich gefunden hat. Infolge dessen zählt der Gesetzentwurf jetzt 26 §§. (statt 10), von denen wir die wichtigsten hervorheben.

§. 1. Die von Spieltkarten zu entrichtende Stempelsteuer beträgt a) 8 Sgr. (28 Kr.) für das Spiel Tarokarten und französische Karten von mehr als 32 Blättern; b) 3 Sgr. (10 $\frac{1}{2}$ Kr.) für das Spiel französische Karten von 32 oder weniger Blättern (Piquetkarten), deutsche Karten und Trapierkarten, und wird zur Staatskasse erhoben.

§. 4. Alle in unsere Staaten zum Verbleib daselbst eingehende Spieltkarten unterliegen derselben Stempelsteuer wie die im Inlande verfestigten, die vom Zollvereinsauslande eingeführten Spieltkarten außer dem tarifmäßigen Eingangsabgabe.

§. 6. Die Fabrikation von Spieltkarten darf nur mit besonderer Erlaubnis des Finanzministers und in den von demselben genehmigten Räumen betrieben werden. Die Genehmigung zu einer neuen Spieltkarten-Fabrik wird nur in dem Halle ertheilt, wenn 1) dieselbe in einem Orte, wo selbige befindet, an gelegten werden, und die zu einem fabrikmäßigen Betriebe sowie zu einer angemessenen Aufsicht und Kontrolle erforderliche Einrichtung erhalten soll; 2) eine auf 3000 bis 5000 Thlr. zu bestimmende und nach ertheilter Konzession sofort zu bestellende Kautio angeboten wird. Die Fabrikationsanlage muß spätestens binnen 3 Jahren, von dem Zeitpunkte der Genehmigung an gerechnet, vollendet werden, widrigenfalls die letztere ihre Gültigkeit verliert.

§. 7. Die Vorrichtungen im §. 6 finden auf den Betrieb der bereits bestehenden Kartenfabriken in den bisher benutzten Räumen keine Anwendung. Auch erfordert die Besitznachfolger der gegenwärtigen Inhaber der Fabriken, bei Verlust des Fabrikationsrechtes, zu einer Kautionsstellung von 3000 bis 5000 Thalern verpflichtet.

§. 8. Sämtliche Kartenfabrikanten stehen unter steuerlicher Kontrolle und unterliegen den steuerlichen Revisionen.

Die §§. 11 und 12 geben den Detailhandel mit gestempelten Karten frei, ungestempelt werden, wo sie sich finden, konfisziert. Für jedes ungestempelte

machte, schickte er an das Feuilleton der „Neuen freien Presse“ in Wien einen Roman „Aus der Südsee“, betitelt: „Die Frau des Missionärs“. Diesen Roman begann die genannte Zeitung an dem Tage zu veröffentlichen, an dem der beliebte Schriftsteller von Preußen aus sich aufs Meer begab. Jetzt hat er bereits seine 65. Fortsetzung erlebt, ohne daß, nach Ablauf eines halben Jahres, das Ende sich absehen läßt, und man er sieht daraus, daß Gerstäcker Erfolgsgabe sich ebenfalls eben so lange auf See zu halten weiß, als er selbst. Der Schlüß von dieser „Frau des Missionärs“ dürfte nicht früher da sein, als der Verfasser derselben.

Fanny Janaušek soll mit ihrer deutschen Schauspiel-Gesellschaft in Amerika keineswegs glänzende Geschäfte machen. Die Unternehmung ist zu kostspielig und die Sache nicht neu genug. Wie es heißt, hätte Vogumil Dawson, der an einer nicht unbedenklichen Jungenlähmung leidet, der Tragödin von ihrem Plane eindringlichst abgerathen.

Ein Artikel in der „Süddeutschen Presse“ betitelt: „Deutsche Kunst und deutsche Politik“ behauptet sehr rigoros: „Zwei Punkte bezeichnen die Phasen des Hinabsteigens des deutschen Theaters zum Niederträchtigen: sie heißen „Tell“ und „Faust“ — nämlich selbstverständlich nicht die beiden Dramen unserer Dichterheroen Schiller und Göthe, sondern die darnach gemachten Opern von Rossini und Gounod. Dass das deutsche Theater es über sich brachte, meint der Verfasser des in Redestehenden Artikels, die beiden großartigsten deutschen Dramen in italienischem und französischem Ballettgedudel sich wieder und wieder, und mit welchem Beifall! vorführen zu lassen, das sei der Anfang des Endes, und beweise, daß der Deutsche durchaus entartet im Geiste und ohne alle Pietät für seine dichterischen Großthaten geworden sei. — — — Dieser Ausspruch mag übertrieben sein, allein ohne Wahrheit ist er nicht.

Wie man hört, beabsichtigt Hermann Schmid, der bairische Novellist und Dramatiker, von München demnächst nach Leipzig überzusiedeln und dort die Redaktion der „Gartenlaube“ zu übernehmen. Die „Gartenlaube“, die ihren eigenen Lyriker hat (Albert Träger), hat auch ihre eigenen Novellisten. Hermann Schmid hat sonst weder mit seinen Dramen, noch mit seinen Romanen Glück gemacht; unter dem Gartenlauben-Publikum ist er berühmt so gut wie die unbekannte Verfasserin der „Goldelse“ und der „Geheimnisse der alten Jungfer“.

Albert Lindner, der Verfasser des Preis-Dramas: „Brutus und Collatinus“, gedenkt von Rudolstadt nach Berlin oder Dresden im nächsten Sommer überzusiedeln. Er beendet so eben ein neues Trauerspiel: „Katharina die Zweite von Russland“.

pelte Spiel wird 10 Thlr. Strafe gezahlt, auch von Gastwirthen, in deren Lokal mit solchen Karten gespielt worden ist, wenn sie nicht nachweisen können, daß dies ohne ihr Wissen geschehen sei. Wer den Verpflichtungen des §. 4 nicht nachkommt, verfällt nur einer Ordnungsstrafe von 1—10 Thlr., wenn er nachweist, daß er die Stempelsteuer nicht habe hinterzahlen können oder wollen (§. 13), ein Händler mit Spieltkarten aber einer Geldbuße von mindestens 200 Thlr. (§. 14.) Die §§. 15—16 bestimmen Konfiskation der Geräthe, Materialien u. s. w., wennemand ohne Genehmigung des Finanzministers oder nach erhaltenem Erlaubniß vor erfolgter Anzeige bei der Steuerbehörde mit der Fabrikation beginnt, außerdem eine Geldstrafe von 500 Thlr. und 10 Thlr. für jedes über 50 verfertigte Spiel; dagegen bei der Fabrikation in nicht angelegten Räumen. §. 22 lautet: "Denunzianten erhalten $\frac{1}{2}$ der auf Grund dieser Verordnung eingehenden Geldstrafen." §. 26. Dies Gesetz tritt mit 1. Januar 1868 in Kraft.

Ein Amendement des Abg. Dr. Bähr beweckt die Konfiskation der Geräthe und Materialien (§§. 15 und 16) aus den Strafbestimmungen auszuschließen.

Ein Amendement des Abg. v. Bötticher fügt dem §. 6 hinzu: Ist der Fabrikant an einer Benutzung der vom Finanzminister genehmigten Räume gehindert, so kann die mit der Bewilligung der steuerlichen Aufsicht betraute Steuerbehörde die Fabrikation in anderen, dem Fabrikanten genau zu bezeichnenden Räumen vorübergehend gestatten.

Endlich beantragt Abg. Born: 1) den § 22 dahin zu fassen: Denunzianten erhalten keinen Anteil an den Geldstrafen. Und 2) folgende Resolution: Das Haus wolle beschließen, die Regierung aufzufordern, sobald als möglich dem Landtage eine Gesetzes-Vorlage zu machen, durch welche die Denunzianten-Antheile überhaupt abgeschafft werden.

Berichterstatter Abg. Schröder macht zuerst eine Mittheilung über die Entstehung des Amendements von Patow und Gen., das von fast allen Mitgliedern der Kommission unterzeichnet ist. Dasselbe sei in materieller Hinsicht mit dem Kommissionsantrage, der mit geringen Modifizierungen die Regierungsvorlage empfiehlt, durchaus übereinstimmend. Die Regierungsvorlage sei aber nur eine ergänzende Verordnung, bestimme die Aufhebung resp. Beibehaltung verschiedener zerstreuter Gesetze und Verordnungen von früher, sei aber kein einheitliches und übersichtliches Gesetz. Man habe deshalb schon in der Kommission den Wunsch ausgesprochen, die Vorlage in dieser Weise zu ändern. Die Regierungskommissarien hätten jedoch Anfangs Bedenken getragen, darauf einzugehen, da ja in nächster Zeit im Sollparlament überhaupt ein einheitliches Gesetz auch für diese Materie zu Stande kommen werde. Einzelne Kommissionsmitglieder hatten sich jedoch nachträglich noch mit der Regierung in Verbindung gesetzt, und da diese sich schließlich mit der formellen Anerkennung des Gesetzes einverstanden erklärt, hatten die Kommissionsmitglieder privat in Gegenwart eines Regierungskommissarius über eine solche Vorlage beraten, deren Resultat im Amendement Patow jetzt vorliege. Materialiell unterscheidet sie sich vom Kommissionsantrage gar nicht, stelle aber alle zur Zeit geltenden Bestimmungen übersichtlich zusammen.

Finanzminister v. d. Heydt erklärt sich mit dem Amendement v. Patow einverstanden. Das Amendement Bötticher aber erklärt er für überflüssig, da die Steuerbehörde schon ohnedem die darin gewünschte Maßregel treffen könne und treffen werde. — Was die Amendements Born (Wegfall des Denunzianten-Antheils) betrifft, so sei er mit dem Prinzip derselben vollständig einverstanden und habe deshalb gegen die Resolution, welche den Wegfall des Denunziantenanteils bei allen Steuerdesraudationen wünscht, nichts einzubinden; dagegen müsse er sich gegen den Antrag 1 erklären, wonach dieser Denunziantenanteil jetzt nur bei der Kartenterfeuer weglassen solle; es sei nicht wünschenswert, diese Bestimmung isoliert für eine einzige Steuer einzuführen, während sie bei vielen andern noch fortbestehe.

Abg. v. Bötticher zieht in Folge der Erklärungen des Ministers sein Amendement zurück, da der Minister die Erfüllung der darin gestellten Forderung zugesagt habe.

Abg. v. Patow empfiehlt die unveränderte Annahme des von ihm eingebrachten Entwurfs. Es würde besonders den Bewohnern der neuen Provinzen sehr schwer geworden seien, sich in dem Regierungsentwurf zurecht zu finden, während in seinem Entwurf die ganze Materie übersichtlich zusammengestellt sei.

Regierungskommissar Burkhardt bittet um Ablehnung des Amendements Bähr, das bei Kontraventionen die Konfiskation der Fabrikationsgeräthe und Materialien ausgeschlossen haben will. Diese Bestimmung sei durchaus dem allgemeinen Prinzip entsprechend, daß bei allen Steuerkontraventionen in Anwendung komme.

Abg. Graf Renard richtet die Frage an die Staatsregierung, ob es wahr sei, daß durch eine Verordnung des Finanzministers der Denunziantenanteil bei der Brautweinbrennereifeuer erhöht werden sei. Sollte sich dies bestätigen, so stehe er im Widerspruch mit der heutigen Erklärung des Finanzministers, wonach er prinzipiell gegen den Denunziantenanteil sei.

Reg.-Kommissar Burkhardt sieht sich erst nach dem Finanzminister fragend um, ob derselbe selbst diese Frage beantworten wolle; da derselbe sich dazu nicht ansieht, erhebt er sich zur Beantwortung: Ich muß anheim geben, diese Frage bei der Budgetberathung bei Gelegenheit der Einnahmen der Brautweinsteuer anzuschließen. Für den Augenblick muß ich die Behauptung, soweit meine Information reicht, in Abrede stellen. Die Höhe des Denunzianten-Antheils beruht auf einem Gesetz und die Regierung ist deshalb nicht in der Lage, denselben durch eine Verordnung willkürlich zu ändern.

Es folgt die Spezialdiskussion. Derselben wird der vom Abg. v. Patow und Gen. eingebrachte Entwurf zu Grunde gelegt.

Bei den §§. 15. und 16. zu denen das obenerwähnte Amendement Bähr gestellt ist, befürwortet Abg. Dr. Bähr sein Amendement. Es sei nicht gerechtfertigt, außer der schon bedeutenden Geldstrafe auch noch die Konfiskation der Materialien und Geräthe auszusprechen, zumal deren Wert sehr verschieden sein könnte; die Bestrafung würde also je nach dem auffälligen Wert der Materialien in sehr ungleichmäßiger Weise eintreten. Man müsse dabei bedenken, daß nicht immer böse Absicht, sondern oft nur Versäumnis die Kontravention veranlaßt.

Abg. Krüger (Samter) spricht gegen das Amendement Bähr, ebenso der Berichterstatter.

Das Amendement Bähr wird abgelehnt, §§. 15. und 16. werden unverändert angenommen.

Bei §. 17. wonach die im §. 15. verordneten Strafen auch dann eintreten sollen, wenn gegen die Vorschriften des nach dem Gesetze vom Finanzminister noch zu erlassenden Regulativs, betreffend die Fabrikationsrichtung, Fabrikation, Stempelung, Aufbewahrung und Versendung von Spieltkarten, über die Stempelung und den Verleih mit den Behörden ic. ic. gefehlt wird, beantragt: Abg. Peizer (Düsseldorf): Diesen Paragraphen ganz zu streichen, da man doch keine Strafe gegen kommt auf die Nichtbefolgung von Vorschriften, die man noch gar nicht kenne, die vom Finanzminister erst noch erlassen werden sollen. Man müsse es vielmehr dem Finanzminister überlassen, in der betreffenden Verordnung dann selbst die Strafen festzustellen, die in seiner Kompetenz liegen.

Nachdem Reg.-Komm. Burkhardt die unveränderte Annahme des §. 17. empfohlen, wird derselbe angenommen.

Zu §. 22. liegt das Amendement Born vor, wonach der Denunzianten-Antheil für die Kontravention der Kartenterfeuer abgeschafft werden soll.

Abg. v. Patow bittet um Ablehnung des Amendements, da es nicht räthlich sei, in einem Spezialgesetz eine Bestimmung abzuschaffen, so lange sie im Allgemeinen noch fortbestehe.

Die Abggs. Krüger (Samter) und Rapp empfehlen die Annahme des Amendements. Man möge mit der Abschaffung einer solchen demoralisierenden Bestimmung den Anfang machen, die gänzliche Beseitigung werde dann schneller erfolgen.

Das Amendement Born wird mit geringer Majorität angenommen, dagegen stimmt die Rechte.

Die übrigen Paragraphen und das ganze Gesetz werden sodann angenommen; Finanzminister v. d. Heydt stimmt schließlich gleichfalls für das ganze Gesetz.

Die Resolution Born wird schließlich mit großer Majorität angenommen.

Darauf wird die Vorberathung über den Statut des Finanzministeriums fortgesetzt. Zum Ausgabe-Stat VIII. (Bezirkshauptkassen in Hannover und zwar Befoldungen: 26,650 Thlr. andere persönliche Ausgaben: 2100 Thlr. sachliche Ausgaben 2000 Thlr. im Ganzen 30,750 Thlr.) beantragt der Abg. Zweiten statt der angezeigten 26,650 Thlr. 2100 und 2000 Thlr., als ein Pauschquantum 30,750 Thlr. zu bewilligen.

Reg.-Kommissar Mölle: Es ist kein hinreichender Grund vorhanden, die Bewilligungen für die Bezirkshauptkassen nur als ein Pauschquantum einzutragen zu lassen. Es geht die Absicht dahin, zum Zwecke der Elementarerhebung der Steuer künftig dieselben Einrichtungen zu treffen, wie sie für die Rheinprovinz und Westphalen schon seit langer Zeit bestehen und sich als sehr zweckmäßig

bewährt haben. Die direkten Steuern sollen nämlich durch Steuerempfänger gegen eine Lanieme eingezogen werden, ebenso die Domänen- und Forstrevuen, so weit dies zulässig ist. Die jetzigen 10 Kreisinnahmen, die Generalkasse und die Domänenkasse sollen ganz eingehen. Statt dieser Kassen, in denen gegenwärtig 51 Beamte beschäftigt sind, sollen 6 Bezirkshauptkassen gebildet werden, dieselben sollen dazu bestimmt sein, die Einnahmen in den betreffenden Bezirken einzuziehen und zu verrechnen. Die größte dieser Kassen wird sich in Hannover mit 13 Beamten befinden; in den übrigen 5 Bezirken werden sie gemeinsam nur größere Kreiskassen mit 4 oder 5 Beamten sein, die Bevölkerungen der Beamten sind nicht höher, als die der Kreisinnahmer bisher gewesen sind. Ich glaube, der Antragsteller hat bei seinem Antrage nicht genügend berücksichtigt, daß die Kassen mit den Landdrosten in gar keiner Beziehung stehen, daß sie Organe der Finanzdirektion in Hannover werden sollen und daß, mag die innere Verwaltung organisiert werden, wie sie will, diese Kassen werden bestehen können und werden bestehen müssen. In der Rheinprovinz und Westphalen haben die Regierungsbezirke kaum die Größe, wie die Größe der Bezirke sein wird, welche funktig die Bezirkshauptkassen haben werden. Es ist also auch in dieser Beziehung nichts auszusehen, und bitte daher um die definitive Bewilligung.

Abg. Zweiten: Während in den westlichen Provinzen der alten Landestheile die Steuererhebung durch die Kreisinnahmer vollzogen wird, besteht in der Rheinprovinz und Westfalen die Einrichtung, daß vom Staate Steuerernehmer bestellt werden, welche die direkten Steuern gegen eine Entschädigung von 3 Prozent einzahlen und dieselben der Regierungs-Hauptkasse einliefern. In den neuen Landestheilen, namentlich in Hannover, soll dieselbe Einrichtung getroffen werden. In Hannover werden aber an Stelle der Regierungs-Hauptkassen in den alten Provinzen die Bezirkshauptkassen treten, und da vermag ich doch nicht einzusehen, warum denn so viele sein müssen. In Hannover sollen für 1,900,000 Ew. 6 Bezirkshauptkassen eingerichtet werden, während z. B. der Reg.-Bezirk Düsseldorf mit 1,582,000 Einwohnern nur eine Regierungshauptkasse hat. In Hannover kommt also auf ungefähr 320,000 Einwohner eine Bezirkshauptkasse. Dieselben sollen außerdem an denselben Orten wie die Landdroste errichtet werden. Da auch deren Organisation noch nicht feststeht, so scheint es mir so unmöglich, für 6 Bezirkshauptkassen schon jetzt eine definitive Bewilligung auszusprechen, zumal deren Zahl unter allen Umständen zu hoch gegriffen ist.

Regierungskommissar Mölle: Die Frage nach der Zahl der Einwohner kann bei der Erwägung, wieviel Bezirkshauptkassen gebildet werden müssen, nicht als maßgebend angesehen werden, es kommt dabei wesentlich auf den Umfang des Bezirks an, d. h. auf die Zahl von Quadratmeilen, welche jeder Bezirk enthalten soll. Wenn sich die Organisation der Bezirkshauptkassen im Besonderen den Landdrosteibezirken anziehen soll, so ist das sehr erklärlich daraus, daß die letzteren schon vorhanden waren, und daß man sich daher am besten den bestehenden Einrichtungen anschließt, obwohl beide in keiner Verbindung stehen und die Bezirkshauptkassen lediglich der Finanzdirektion in Hannover untergeordnet sind. Ich bemerke schließlich, daß selbst die Vereinigung mehrerer Bezirkshauptkassen in einer auf die Zahl der bei denselben im Ganzen angestellten Beamten einen Eindruck haben würde.

Abg. Bening schlägt sich den Ausführungen des Regierungskommissars an; die Bezirkshauptkassen hätten mit den übrigen Organisationen gar nichts zu thun. Nedner wendet sich sodann gegen die geirte Rede des Abg. v. Binde (Minden), der ihn als einen Gegner der hannoverschen Lemterverfassung aufgeführt habe. Nedner habe in der Schrift, auf die der Abg. v. Binde Bezug genommen, durchaus nicht das Prinzip der Lemterverfassung angegriffen; im Gegenteil das Wesen und den Grundsatz derselben habe er verteidigt, und nur Einzelheiten an derselben getadelt. Gerade diese Einzelheiten habe der Abg. v. Binde verlesen.

Abg. v. D. ist erklart, sich für Annahme des Zweiten'schen Antrages; die Sachlage sei noch nicht klar zu übersehen und sei deshalb ein Provisorium vorläufig vorzuziehen.

Abg. Zweiten: Es ist sehr traurig, daß mit der Annahme meines Antrages eine Anzahl von Beamten noch länger in der Schwebe gehalten wird; aber das liegt in der Natur der Verhältnisse. Diese Rücksicht kann uns nicht bewegen, Einrichtungen zuzustimmen, mit denen wir nicht einverstanden sind.

Abg. v. Binde (Minden) bemerkt dem Abg. Bening, daß am Schlusse der von ihm citirten Schrift ausdrücklich gesagt werde, die Lemterverfassung werde sich auf die Dauer nicht halten lassen.

Man schreitet zur Abstimmung. Der Antrag Zweiten wird angenommen, desgleichen der Antrag Bening'sen: „die Regierung aufzufordern, dem Landtage eine Vorlage über die Organisation der Verwaltungsbehörden in Schleswig-Holstein und Hannover zu machen.“

Zu Kap. 57 (Rentenbanken) fragt Abg. Miquel, in welchem Stadium sich das Gesetz über Ablösung der Reallasten in Hannover befindet, ob es sich auch auf Lasten erstrecken werde, die auf Privatverbindlichkeiten beruhen, und warum endlich in dem Statut noch kein Bond für die zu diesem Zweck zu errichtende Rentenbank in Hannover vorgesehen sei.

Minister v. Selchow: Der Gesetz-Entwurf, der auch die Ablösung von Privatreallasten umfaßt, hat noch nicht alle Stadien der Berathung durchgemacht und soll demnächst mit den dagegen eingelaufenen Protesten Ihrer Erwähnung unterbreitet werden. Die Begründung einer Rentenbank ist noch nicht in Aussicht genommen, weil das erwähnte Gesetz noch nicht publicirt ist. Sollte die Publikation so bald stattfinden, daß die Bank bereits im nächsten Jahre in Wirklichkeit treten muß, so wird die Regierung rechtzeitig die geeigneten Maßnahmen treffen.

Bei Kap. 59. „Allgemeine Bonds“ ist zu Tit. 3. und 4. vom Abg. von Bodum-Dolfs beantragt: 1) das Haupt-Extraordinarium mit 400,000 Thlr. nicht zu bewilligen, dagegen aber 2) zu Befoldungsverbesserungen den Beitrag von 600,000 Thlr. um 400,000 Thlr. zu erhöhen.

Abg. v. Benda: Es mag dem Liberalen schwer werden, diesen Bonds für unvorhergesehene Ausgaben zu bewilligen, man muß sich aber auch in die Lage des Finanzministers hineindenken. Dagegen bin ich mit der Höhe der geforderten Summe nicht einverstanden. Dieselbe betrug bisher nur 300,000 Thlr. und war hiermit schon so reichlich bemessen, daß sie nicht verausgabt werden ist. Aus der Erweiterung des Staatsgebietes kann ein Grund für einer so bedeutenden Erhöhung nicht hergeleitet werden, ich glaube deshalb den Bedürfnissen in genügender Weise Rechnung zu tragen, wenn ich beantrage, die Summe auf 300,000 Thlr. herabzusezen.

Abg. L. stellt den Antrag, die im Statut angezeigten 400,000 Thlr. zu bewilligen unter der Rubrik: „Haupt-Extraordinarium, über dessen Verwendung die nachträgliche Genehmigung der Landesvertretung eingeholt werden muß.“ — Schon seit mehreren Jahren hat dieser Bond für die Staatsberathung Veranlassung zu Differenzen zwischen der Landesvertretung und Regierung gegeben; in den Jahren 1862, 63 und 66 wurde derselbe nur unter der in meinem Antrage ausgeprochenen Bedingung bewilligt, im Jahre 1867 vollständig gestrichen. Auch diesmal glauben wir die Summe ohne den von mir beantragten Antrag nicht bewilligen zu können. Weit entfernt, dem Finanzminister dadurch ein Mißtrauen zu geben oder die Ablösung der Reallasten zu verhindern, obwohl es eine wichtige Sache ist, darf es nicht gerade so hohe Kosten verursachen.

Abg. v. Benda: Es mag dem Liberalen schwer werden, diesen Bonds für unvorhergesehene Ausgaben zu bewilligen, man muß sich aber auch in die Lage des Finanzministers hineindenken. Dagegen bin ich mit der Höhe der geforderten Summe nicht einverstanden. Dieselbe betrug bisher nur 300,000 Thlr. und war hiermit schon so reichlich bemessen, daß sie nicht verausgabt werden ist. Aus der Erweiterung des Staatsgebietes kann ein Grund für einer so bedeutenden Erhöhung nicht hergeleitet werden, ich glaube deshalb den Bedürfnissen in genügender Weise Rechnung zu tragen, wenn ich beantrage, die Summe auf 300,000 Thlr. herabzusezen.

Abg. L. stellt den Antrag, die im Statut angezeigten 400,000 Thlr. zu bewilligen unter der Rubrik: „Haupt-Extraordinarium, über dessen Verwendung die nachträgliche Genehmigung der Landesvertretung eingeholt werden muß.“ — Schon seit mehreren Jahren hat dieser Bond für die Staatsberathung Veranlassung zu Differenzen zwischen der Landesvertretung und Regierung gegeben; in den Jahren 1862, 63 und 66 wurde derselbe nur unter der in meinem Antrage ausgeprochenen Bedingung bewilligt, im Jahre 1867 vollständig gestrichen. Auch diesmal glauben wir die Summe ohne den von mir beantragten Antrag nicht bewilligen zu können. Weit entfernt, dem Finanzminister dadurch ein Mißtrauen zu geben oder die Ablösung der Reallasten zu verhindern, obwohl es eine wichtige Sache ist, darf es nicht gerade so hohe Kosten verursachen.

Abg. L. stellt den Antrag, die im Statut angezeigten 400,000 Thlr. zu bewilligen unter der Rubrik: „Haupt-Extraordinarium, über dessen Verwendung die nachträgliche Genehmigung der Landesvertretung eingeholt werden muß.“ — Schon seit mehreren Jahren hat dieser Bond für die Staatsberathung Veranlassung zu Differenzen zwischen der Landesvertretung und Regierung gegeben; in den Jahren 1862, 63 und 66 wurde derselbe nur unter der in meinem Antrage ausgeprochenen Bedingung bewilligt, im Jahre 1867 vollständig gestrichen. Auch diesmal glauben wir die Summe ohne den von mir beantragten Antrag nicht bewilligen zu können. Weit entfernt, dem Finanzminister dadurch ein Mißtrauen zu geben oder die Ablösung der Reallasten zu verhindern, obwohl es eine wichtige Sache ist, darf es nicht gerade so hohe Kosten verursachen.

nicht so außerordentlich; einer Regierung, der Sie im Statut viele Millionen anvertrauen, werden Sie wohl auch noch diese 400,000 Thlr. für außerordentliche Ausgaben bewilligen können. Von dem ersten Redner ist die Erhöhung der Summe um 100,000 Thlr. gegen früher für ungerechtfertigt erklärt worden; diese ist aber in der Heranziehung der neuen Landestheile, über deren Bedürfnisse uns bis zum letzten Moment immer neue Informationen zugegangen sind, vollkommen begründet, und schon jetzt hat sich, seit der Aufstellung des Gesetzes, in vielen Zweigen der Verwaltung die Notwendigkeit herausgestellt, Mittel für vorhergegangene Ausgaben bereit zu haben. Ich bitte Sie deshalb, die Position so, wie Sie Ihnen vorgelegt worden ist, zu bewilligen. (Bravo rechts.)

Abg. v. Höttewell: Der erste Redner bemerkte, es müsse für Mitglieder einer liberalen Fraktion schwer sein, für Bewilligung der gesonderten Summe zu stimmen; einen Grund dafür kann ich unmöglich einsehen, da — wie Sie selbst anerkennen — der Bond durchaus unpolitische Natur ist. Sie würden aber durch einen ablehnenden Beschluss sie selbst in eine ungünstigere Lage bringen, denn mit Befürchtung des Bonds werden die Ausgaben, deren Notwendigkeit nicht beweist werden kann, als Staatsüberschreitungen aufgeführt und einer eingehenden Kontrolle noch mehr entzogen als sonst. Die Verfassungswidrigkeit einer Klausel, an welche Sie die Bewilligung knüpfen, ist bereits hervorgehoben worden und auch der Abg. Bodum-Dolfs, der in früheren Jahren einen Antrag im Sinne des Abg. L. eingebracht hat, scheint diese Ansicht jetzt zutheilen, da er heute viel vorretert, die vollständige Streichung des Extraordinariums verlangt. Von anderer Seite ist die geforderte Summe für zu hoch gegriffen erklärt worden unter Hinweis auf den Umstand, daß früher nicht einmal 300,000 Thlr. ausgegeben seien. Die Erhöhung der Summe ist bereits durch den Herrn Finanzminister genügend motiviert worden, dem es jedenfalls leicht gewesen wäre, die früheren 300,000 Thlr. vollständig auszugeben. Ich bitte Sie deshalb, die Summe in der heutigen Höhe zu bewilligen.

Abg. Zweiten: Während in den westlichen Provinzen der alten Landestheile die Steuererhebung durch die Kreisinnahmer vollzogen wird, besteht in der Rheinprovinz und Westfalen die Einrichtung, daß vom Staate Steuerernehmer bestellt werden, welche die direkten

zeichnet habe und daß es den Vorzug verdiente die nunmehr erweiterte Unterstützung der altpreußischen Provinzen aus den Regierungs-Hauptkassen zu kommen. Die Vermittelung dabei sollen die beiden Regierungen zu Gumbinnen und Königsberg übernehmen, und die Empfänger sollen in erster Reihe nicht Privatpersonen, sondern die Kreise sein. Und zwar sollen die Bauschüsse zugewendet werden 1) denjenigen Kreisen zinsfrei, die vom Provincial-Baufonds Prämien für Chausseebauten zu fordern hätten; 2) gegen Verpfändung von Kreisobligationen solchen Kreisen, die Chausseen bauen wollen; 3) Kreisen, die nicht mehr im Stande sind, aus ihren eigenen Mitteln ihrer Pflicht hinsichtlich der Armenpflege nachzukommen; ferner 4) Verbänden und Einheiten zu Meliorationen, endlich 5) kleinen bäuerlichen Besitzern gegen Sicherheiten oder Hypothek. Die geringste Unterstützungssumme soll 50 Thlr. betragen. So lautet in der Hauptrichtlinie das vom Finanzminister aufgestellte Programm, das von der Kommission fast durchweg bewilligt wurde. Nur hat sie, um den Kreis der zu Unterstützenden zu erweitern, der Bezeichnung „ländlichen“ Grundbesitzern statt „bäuerlichen“ sub 5) den Vorzug gegeben und das Minimum von 50 auf 15 Thlr. herabgesetzt, da vielen kleinen Leuten, die in normalen Zeiten durchaus zahlungsfähig sind, mit 15 Thlr. zum Anlauf von Saatkartoffeln geholfen ist. Schließlich erklärte der Finanzminister, daß die Staatsregierung Angehörige des höchst dringenden Bedarfes und in der festen Überzeugung von der nachträglichen Genehmigung des Landtags bereits alles das gethan habe und habe thun müssen, wozu sie sich durch die Vorlage ermächtigen lassen wollte; und sollte sie über die verlangte Summe hinaus gehen müssen, so werde sie auch das in der Hoffnung thun, daß die Landesvertretung sie bei dieser Übererreichung „nicht sagen lassen“ werde. Die Regierung wolle eine Antrittsstellung, nach der hierbei verfahren werden soll und bate sich den Rat der Kommission bei der Ausarbeitung derselben aus. Zur speziellen Ausführung wird der Finanzminister Kreiskommissionen bilden, während der Minister der landwirtschaftlichen Angelegenheiten einen besonderen Kommissar für Meliorationen nach Altpreußen absetzen. — Die Unterstützung kleiner Gewerbetreibender wird von der Regierung nicht beabsichtigt und die Kommission stimmt ihr darin bei. (Referent Abg. Jacobi — Ligny.)

Bon dem Abg. Witzow ist beantragt, die Verträge der Staatsregierung mit dem Kurfürsten von Hessen und dem Herzog von Coburg-Gotha wegen des Schmalkaldener Waldes an die Budgetkommission zu überweisen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 18. Dezember. In der Aula des Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums sprach gestern Herr Pastor Gräsmacher aus Schneidemühl über „ein Weihnachtsmärchen“. Voz läßt in einem sinnigen Märchen an dem Auge eines verknöcherten Geizhalses verschiedene Bilder vorüberziehen, die ihm im Gegensatz zum Egoismus und Materialismus das Glück der Armut enthüllen. Der Weihnachtsabend ist es, der diese Erscheinungen hervorbringt; ihr Erfolg besteht darin, den Geizhals wieder mit menschlichen Empfindungen zu erfüllen und für die Gesellschaft zu retten. Der Redner benutzte den Inhalt des Märchens zu einem kleinen Streifzuge gegen die materialistische Richtung der neueren Philosophie, die in Arnold Ruge, Marx Stirner und Büchner ihren kräftigsten Ausdruck gefunden. Er zeigte den Widerspruch dieser Lehren nicht nur mit dem Evangelium, sondern auch mit den Anschauungen eines Goethe und Schopenhauer auf und setzte ihnen die erhebende und begeistrende Macht des christlichen Glaubens entgegen. Er forderte zum Kampfe gegen die Ausgeburten dieses Philosophen, das die Welt des für den Menschen Theuersten beraubte, und zum innigen Anschluß an die unvergänglichen Heilswohltheiten auf, die allein vor geistiger Verirrung bewahren. Der Vortrag hatte die Anwesenden sechzig erwärmt und gehoben.

Der heutige „Staatsanzeiger“ enthält das Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender fünfprozentiger Kreis-Obligationen des Meseritzer Kreises, im Betrage von 30,000 Thalern. Vom 25. November 1867. Die Anleihe ist bestimmt zur Beschaffung der Geldmittel zur Bezeichnung von 15,000 Thlr. Stamm-Aktien und 15,000 Thlr. Stamm-Prioritäts-Aktien der Märkisch-Posener Eisenbahn-Gesellschaft.

Durch einen hiesigen Kaufmann, der wiederholt die Reise nach Amerika gemacht hat, Herrn Louis Adolph, wird uns mitgetheilt, daß für die nach Amerika über Hamburg Auswandernden dort auch heute noch alle die alten oft beklagten Uebelstände fortbestehen. Nicht nur, daß sie in Hamburg selbst allen Prellstellen ausgesetzt sind, — auch während der Ueberfahrt leiden sie an vielen Unbequemlichkeiten, da namentlich um die Zwischendeck-Passagiere sich Niemand kümmert. Anders sei gesorgt für die über Bremen Reisenden, und es empfiehlt sich Bremen als Einschiffungsort schon um deshalb, weil die Fahrt dahin von Berlin mit 100 Pf. Gepäck nur 3 Thlr. 15 Sgr., nach Hamburg dagegen 4 Thlr. 5 Sgr. koste. Im Interesse der aus unserer Provinz Auswandernden halten wir die Mittheilung für geboten.

[Ausstellung im Hotel de Sage.] Die Bedürfnisse der Herren Garderobe befriedigt nach jeder Richtung hin die Ausstellung des Herrn E. Schlerf (Markt 72.) von modernen deutschen, niederländischen und französischen Stoffen und fertigen Kleidungsstücken aus denselben. Letztere finden wir zu sehr verschiedenen Preisen, aber immer ganz vortrefflich gearbeitet. Praktisch für Landwirthe und Personen überhaupt, die sich häufig im Freien aufhalten müssen, ist ein durabler Reisemantel mit besonderem Krägen aus dictem Melton; ein Havelock aus Ratine, ein derber Paletot aus brauem Esquinno, sehr sauber mit Seide gesteppt, durchweg Handarbeit, Paletots aus grauem französischem Esquinno und ein brauner Paletot aus niederländischem Esquinno sind gleich empfehlenswert; ungefütterte Unterzüge sind sehr geschickt gearbeitet und sollen außerst praktisch sein; die Esquinno-Schlafrocke lassen an Eleganz nichts zu wünschen übrig. Um auch in dieser Abtheilung für kleinere Weihnachtsgeschenke zu sorgen, hat Herr Schlerf außer modernen Beinkleidern aus feinen französischen und niederländischen Stoffen eine Auswahl von prachtvollen Plüscht- und Sammetwesten, seidenen Taschentüchern, Schlippen und seidenen und wollenen türkischen Shawls ausgestellt, die vornehmlich durch ihre reizenden Muster erfreuen.

In der Ausstellung des Herrn Schönbrunn (Breslauerstr. 1.) befinden sich Bandagen in verschiedener Auswahl, reizende, selbstgefertigte Tragbänder, von denen die Wiener Dörfchen-Träger ihrer mühevollen Handarbeit halber hauptsächlich zu empfehlen sind, Glaceehandbünde vom gewöhnlichen Breslauer bis zum feinen Berliner und Wiener Handschuh, diverse Winterhandschuhe und türkische Herrenstücke. — Herr Strom (Sapientia) reist durch seine Ausstellung vorzüglich unsern Gaumen und hat Sorge getragen für die Ausstattung unserer Christbäume, indem er Pfefferluchen, schöngarnierte Früchte in Schüsseln und italienischen Körbchen, ganze Kartons, ferner Süßereien Marzipan in großen und kleinen Säcken, Chocoladen in Päckchen mit preußischen Banknoten umhüllt und in Büsten unseres Königs und des Grafen Bismarck, 2½ Pfund Magdeburger Chocolade. Einen hübschen Anblick in dieser Abtheilung gewähren die geschickt geordneten Vitrine.

Die Gold- und Silber-Ausstellung des Herrn Gumpert (Breslauerstr. 15) enthält kostbare und niedliche Sachen aus Berliner Fabriken, namentlich silberne Baderdosen, Tortenstecher, Dessertmesser etc., aus Pforzheimer Fabriken die reizenden verschiedenartigen Pendeloques, die massiven halbholzernen, gesprengten und geschlungenen Garnituren, ferner eine Auswahl prächtiger Ringe und Uhrketten zu civilen Preisen. — Herr Preis (Breslauerstr. 2) hat praktische Gegenstände für Küche und Haus ausgestellt: Kaffeemühlen, Schneidemaschinen, Küchen- und Tischmesser, zahlreiche Taschenmesser, Scheeren und Bänder, Öffnungsgeräte mit Haken, Schaufel und Bange, Körzleher und Körzleher, sowie Geschäfte und Rappiere, Schlitzscheiben etc. — Sehr empfehlenswert sind die selbstgearbeiteten Sattlerarbeiten des Hrn. Jänsch (Friedrichsstrasse 29). Ein Kutschengeschirr, Offizier-Reitzeuge, komplett englische Sättel sind sauber und elegant gearbeitet, ebenso die ausgestellten Reise-, Geld- und

Zagdtaschen, Reisekoffer, Flintenfutterale, Schultaschen u. s. w. Diese Abtheilung ist eine der reichhaltigsten. (Schluß folgt.)

[Posener Gasanstalt.] Die zur Kenntnis der Direktion der hiesigen Gasanstalt gelommenen Klagen über geringen Druck des Gases und das dadurch veranlaßte mangelhafte Brennen der Gasflammen haben, wie die vielfachen Untersuchungen dargethan, ihren Grund darin, daß in den meisten Fällen die Privat-Gasleitung für die nach und nach vermehrte Flammenzahl nicht mehr ausreichen. Außerdem liegt der Grund oft darin, daß die Brenner mit der Zeit schwach geworden, die Dehnungen theilweise verloren, theilweise größer geworden sind, wodurch eine Seite der Flamme spitz hoch brennt, eine rote Farbe annimmt und bunt, während die andere Seite der Flamme zu niedrig steht und nicht gehörig leuchten kann.

In anderen Fällen werden ausgeprägte Cylinder nicht ausgewechselt, oder sie werden im Brennofreie nicht tief genug eingesezt, wodurch das Brennen des Gases und damit seine Leuchtkraft beeinträchtigt werden, die Schnittbrenner werden nicht regelmäßig durchgestrichen und es entsteht das strahlende Brennen der Flammen.

Das Gas selbst hat nach den vielfach und sorgsamst angestellten Prüfungen die Normal-Leuchtkraft stets überschritten, so daß, wenn ein Mangel an der Beleuchtung vorliegt, solcher nicht in der Leuchtkraft des Gases, sondern vorzugsweise der Grund in den nicht sorgfältig genug in Stand gehaltenen Beleuchtungsapparaten zu suchen ist.

Um den Gasinstrumenten nach dieser Richtung hin zuvorkommen, hat die Direktion der Gasanstalt den Gürlermeister Herrn Schönder veranlaßt, gegen eine verhältnismäßig geringe Entschädigung die Instandhaltung und Reinigung der Brenner ic. bei Privatkunden zu übernehmen.

Da Herr Schönder sachkundige und für dies Fach geübte Arbeiter hat, so wird er gewiß den übernommenen Verbindlichkeiten aufs Vollständigste nachkommen können. Derselbe hat sich verpflichtet, in etwa vorkommenden Differenzen mit den Gas-Abnehmern sich der Entscheidung der Direktion der Gasanstalt bedingungslos zu unterwerfen.

[Der Landwirverein] hielt am 14. d. Mts. im Odeum-Saal seine monatliche gesellige Versammlung ab, in der das Vorstandsmitglied Dr. Kahler einen von allen Anwesenden sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über die Befreiungskriege hielt. Vor und nach dem Vortrage wurden vor der „Volksliederstafel“ unter der Leitung des Herrn Borowiak mehrere Gesänge, und von der Kapelle des 46. Regiments einige Musikkünder vorgebracht.

[Kurz, 17. Dezg.] Aus dem Schröder Kreise wird in dieser Zeitung geschrieben, daß, falls die Eisenbahn von Pleschen durch den Kreis Schröda nach Posen nicht zu Stande kommen sollte, eine Chaussee von Schröda nach Gądk gebaut werden würde. Es wird ferner mitgetheilt, daß die Stadt Kurz zum Bau einer Chaussee von Kurz nach Schröda 15,000 Thlr. offerirt habe. Zur Verichtigung dieser Angaben erlauben wir uns aus verbürgter Quelle anzuführen, daß auf dem am 10. d. M. in Schröda abgehaltenen Kreistage der Bau einer Chaussee nach Gądk so gut wie verworfen worden ist, weil es von Schröda über Gądk nach Posen um nichts näher sein würde, als über Kurz.

Die Meinungen schwanken auf dem Kreistage schließlich nur zwischen einem Chausseebau von Schröda direkt über Tülce und einer Chaussee über Kurz nach Posen.

In dieser Beziehung hat die Stadt Kurz nachgewiesen, daß es über Kurz nach Posen nur ¼ Meile weiter sein würde, als über Tülce, und sich gleichzeitig verpflichtet, die ganze Chaussee von Kurz nach Schröda auf dem nächsten Wege zu bauen, wenn ihr von dem Schröder Kreise eine Beihilfe von 15,000 Thlr. zu diesem Zwecke gegeben wird. Erwägt man nun, daß der Chausseebau über Tülce den Schröder Kreis mindestens 80 bis 90,000 Thlr. kosten, und daß dadurch die Entfernung nach Posen doch nur um ¼ Meile geringer wird, als über Kurz, während er zum Bau der Chaussee von Schröda nach Kurz nur 15,000 Thlr. beizutragen habe, also circa 60,000 Thlr. ersparen würde, so liegt das Vortheilhafteste der von Kurz gemachten Offerit wohl für jeden Unbefangenen auf der Hand, umso mehr, als es auf ¼ Meile, oder weniger wohl nicht ankommen kann, wo es sich darum handelt, zwei Städte durch eine Chaussee zu verbinden.

* Krotoschin, 16. Dezember. [Wahl von Stadtverordneten.] Bei der heutigen Abtheilung der Wahl von 5 Stadtverordneten wurden in der zweiten Abtheilung Herr Buchhändler Behrend und Herr Gastwirth v. Cimierski wiedergewählt; in der zweiten Abtheilung wählte man die Kaufleute: Herrn Jozewicz und Adolf Kaczenellenbogen. In der ersten Abtheilung erfolgte die Wiederwahl des Herrn Maurermeister Köppel und des Herrn Kaufm. Weichman. Aus welchen Gründen die Ergänzungswahlen erst in diesem Monat und nicht wie es §. 21 der Städteordnung vorschreibt, bereits im November vorgenommen worden sind, ist uns nicht bekannt.

r. Wölstein, 16. Dezember. [Kreistag.] Außer der Einführung Dr. jur. Gustav Leibfeld, dem von seinem Vater, dem Geheimen Kommerzienrat Leibfeld zu Glogau, die Ausübung der kreisständischen Rechte für das Rittergut Podrowo übertragen worden, beschäftigte sich der heutige hier versammelte gewogene Kreistag nur mit Wahlen. Es wurde zuvor der Präsident der Einigungs-Kommision zur Veranlagung der klassischen Einkommensteuer pro 1868, aus 6 Mitgliedern und 3 Stellvertretern bestehend, gewählt. Somohl die Ersteren, als auch die Letzteren, sind, wie das Gesetz vom 1. Mai 1851 es verlangt, zu einem Drittel aus Mitgliedern der Kreisvertretung und zu zwei Dritteln aus den einkommensteuerpflichtigen Einwohnern des Kreises gewählt. Demnächst fand die Wahl der Kommision zur Begutachtung der Klassensteuer-Nellamtion statt. Es wurden 3 Mitglieder und 3 Stellvertreter, und zwar aus jedem der drei Stände je einer gewählt, und endlich wurde zur Wahl von 20 Feuer-Bezirkskommissionen und deren Stellvertreter für die Feuerlöschbezirke, in welche der Kreis getheilt ist, geschritten.

?? Wreschen, 16. Dezember. [Konzert; Gutsverkauf; Verchiedenes.] Das gestern Abend zum Gedenktag der Armen gegebene Konzert war sehr zahlreich besucht, und hat eine Einnahme von einigen zwanzig Thalern geliefert, die zum Anlauf einer Weihnachtsbeschreibung für arme Kinder verwendet werden sollen. — Das dicht bei Wreschen belegene Gut Chociszka ist von Herrn Wasielewski für 65,000 Thlr. an Herrn v. Szeliński verkauft worden.

— Die in diesen Tagen hier verbreitete Nachricht, der frühere Landrat dieses Kreises, Herr v. Senff-Pilsach werde zum 1. Februar wieder nach Wreschen zurückkehren, entbehrt bis jetzt der Bestätigung, doch ist andererseits auch über das Verbleiben des bisherigen Landrats-Herrn Feige nichts bestimmt. — Seitdem in Folge des starken Eisgangs auf der Warthe bei Bogorzelice nicht übergefahren wird, müssen die von Berlow nach Wreschen vorgelegten Beugen und Partien die beschwerliche Reise über Neustadt a. W. machen. Dieselbe beträgt hin und zurück volle 12 Meilen. Man fragt allgemein, daß die geringe Reisekosten-Entschädigung, die nach dem bestehenden Tarif gezaubert wird, kaum die baaren Auslagen der Reise deckt, da es nicht möglich ist, diese weite Tour zu Fuß zurückzulegen. Sollten diese Umstände den Wunsch jener Segend nach einer ständigen Gerichts-Kommision, nicht zur Veräußerung empfehlen? — In zwei hiesigen, dem minder wohlhabenden Kreis angehörigen Familien ist eine eignethümliche Weihnachtsbeschreibung eingetroffen: Die lieben Frauen haben ihre Männer, die eine mit Drillingen, die andere mit Zwillingen geschenkt. — Unsere Landwirthe prophezeien einen ziemlich strengen Winter. Für unsere ärmeren Bevölkerung würde dies von sehr traurigen Folgen werden. Schon jetzt ist die Not hier und da groß und die Preise der notwendigsten Lebensbedürfnisse halten sich auf einer mit den geringen Erwerbsgelegenheiten nicht im Einklang stehenden Höhe.

Literarisches.
Die Feldzüge der Jahre 1859 und 1866, dargestellt und beurtheilt durch W. v. Willisen, königl. preuß. Gen.-Lieut. a. D. Leipzig, Verlag von Duncker und Humblot. 1868. (Posen, vorrätig in der Behrschen Buchhandlung.)

Der vorliegende Band bildet den vierten Theil des Willisen'schen Werkes über die Theorie des großen Krieges. Nachdem dasselbe hinlänglich gewürdig ist, haben wir es für ausreichend, hier nur eine Inhaltsübersicht zu geben. Der erste Abschnitt behandelt den 1859er Feldzug in Italien, der zweite den Feldzug von 1866 in Böhmen, Italien und gegen die deutsche Bundes-Armee. Der Band schließt mit eingehenden Betrachtungen über die taktischen Bewegungen der Armee.

Weihnachtsschrift. Verlag von K. Flemming in Glogau. Deutsche Treue, eine Erzählung aus der Geschichte des deutschen Volkes von Franz Kühn, mit 4 Bildern.

Die erzählten Begebenheiten liegen im Anfang des 14. Jahrhunderts und lassen uns einen Blick thun in die damaligen inneren Schwierigkeiten Deutschlands. Im Gegensatz zu diesen traurigen Erscheinungen leuchtet das Bild der deutschen Treue, welches Ritter Kurt, der Mittelpunkt der Erzählung, darbie-

tet. Das Schriftchen ist in so edler, mitunter poetisch schöner Sprache geschrieben, daß es auch Erwachsenen Genüg gewähren wird. **Immergrün**, Erzählungen für die reifere weibliche Jugend von Rosalie Koch mit sechs Illustrationen von Louise Thalheim. Sieben hübsche Erzählungen zu Nutz' und Frommen der weiblichen Jugend und gut ausgestaltet. **Das Gelüte**, eine Erzählung für die reifere Jugend von E. Ebeling mit sechs Bildern von Rudolf Götzler. Was das Hauptinteresse dieser Erzählung ausmacht, ist, daß Meisterfänger Hans-Sachs darin eine Hauptrolle spielt. Das burgerliche Leben seiner Zeit wird hier in treuem Abbilde vorgeführt. **Mühlberg und Sievershausen**; eine geschickliche Erzählung für Jung und Alt von L. Würdig mit vier Bildern von Julius Scholz. Es ist gewiß ein Fortschritt unserer Jugendliteratur, daß sie geschichtliche Stoffe in ihren Bereich zieht, vorausgesetzt, daß die Geschichte nicht, wie dies häufig in Romanen geschieht, pikant zurecht gemacht wird. Die protestantischen Helden Moritz von Sachsen und Philipp von Hessen, denen der Verfasser ein Denkmal setzt, sind hier geschildert, wie sie waren. Ihre Namen verdienen im Gedächtnis des deutschen Volkes aufgerichtet zu werden.

Telegramme.

Berlin, 18. Dezember. Im Abgeordnetenhaus wurde das Präsidium wiedergewählt.

London, 18. Dezember. Durch eine Nitroglycerin-Explosion zu Newcastle sind 4 Menschen getötet, mehrere schwer verwundet. Laut „Daily Telegraph“ ist der Plan eines gleichzeitigen Angriffs Seitens der Feinde auf bestimmte Waffendepots in Wolverhampton entdeckt.

Paris, den 18. Dezember. In einem Artikel des „Constitutionnel“ führt Limayrac aus, daß die Erklärungen Roulers am 5. d. M. die Situation nicht geändert, da auch vor diesem Tage Niedermair die Deposition des Papstes und die Vernichtung der italienischen Einheit für das Ziel der Konferenz halten konnte. Der Zweck der Konferenz sollte sein, einen erträglichen Modus vivendi zwischen Italien und Rom herzuführen und künftigen Konflikten vorzubereiten. Das war das Ziel der kaiserlichen Politik; wenn die Regierung in ihren darauf gerichteten Bestrebungen nicht reüssirte, so mußte sie wenigstens ihre Pflicht thun.

Der „Moniteur“ bringt ein Cirkular des Pariser Polizeipräidenten an die Kommissare, worin die nenerdings ausgesprochene Ansicht der Journale zurückgewiesen wird, daß die Polizei aus eigener Machtvolkommenheit nur solche Verbrecher verhaften dürfe, die ein vor die Schwurgerichte gehöriges Verbrechen verüben. Das Cirkular führt aus, daß die Kommissare das Recht und die Pflicht haben, alle in flagranti ergriffenen Verbrecher, sowie alle Auhestörer zu verhaften und den Behörden vorzuführen. Die Beamten sollen bei Ausübung ihrer Amtspflichten mit Hingabe für das Gemeinwohl sowie ruhig, gemäßigt und in gewissenhaftester Beobachtung der gesetzlichen Formen vorgehen.

Florenz, 18. Dezember. Deputirtenkammer. Menabrea hält die Septemberkonvention durch die französische Intervention nicht für aufgelöst, sondern nur suspendirt. Die Regierung werde ihr Möglichstes thun, um bei weiteren Vereinbarungen erträgliche Zustände zu schaffen. Sollte die Septemberkonvention wieder in Wirklichkeit gesetzt werden, so werde die Regierung Bedingungen erstreben, welche die Beseitigung der Okkupation und einen exträglichen Modus vivendi mit Rom bewirken.

Saal des Hôtel de Saxe.

Breslauerstraße Nr. 15., erste Etage.
Gewerbliche Weihnachts-Ausstellung.

NB. Sämtliche Gegenstände sind verläufig.

Gingesandt.

Das beste diesjährige Saison-Spiel ist das **Storch-Mops-Frosch-Spiel**. Vorrätig bei **J. J. Heine** in Posen, Markt 85.

Heinrich und Marie, von Herrn Direktor Mergent nach sorgfältiger Prüfung als die vorzüglichste Jugendchrift der Amalie Schoppe herausgegeben, nachdem solche seit 15 Jahren im Buchhandel fehlte (jetzt im Verlag der Plaatschen Buchhandlung erschienen, Preis 1 Thlr. 1), wird gewiß allen Müttern und Kinderfreunden eine höchst willkommene Weihnachtsgabe für Kinder mittleren Al

Herr Dr. med. Rud. Weinberger, prakt. Arzt und Mitglied der äußert sich in seiner im Jahre 1863 verfaßten Broschüre: „Die Krankheiten der Athmungsorgane“, ihre Erkenntniß und Behandlung mit dem weißen Brust-Syrup von Herrn G. A. W. Mayer in Breslau“, in der Vorredt wie folgt: „In den nachfolgenden Blättern übergebe ich dem nichtärztlichen Publikum eine auf vielseitige Erfahrung begründete Abhandlung über den in einer großen Anzahl von Fällen sich als heilkraftig bewährten weißen Brust-Syrup aus der Fabrik des Herrn G. A. W. Mayer in Breslau, gegen eine Reihe von Brustkrankheiten. Die große Verbreitung dieser Krankheit unter dem Menschen geschlecht, sowie ihre grohe Verderblichkeit rechtfertigen es wohl, daß der Verfasser, sonst ein Gegner aller angepriesenen Mittel, dem Grundsatz huldigend: „Prüfst Alles und behalte das Beste!“ sich veranlaßt gesehen hat, nachdem ihm von Herrn Mayer die Bestandtheile und die Zusammensetzung des weißen Brust-Syrups mitgeteilt worden waren, und er sich dadurch von der Unschädlichkeit der Komposition überzeugt hatte, diesen Syrup bei einer ziemlich bedeutenden Anzahl von Brustkranken zu versuchen. Die günstigsten und oft wahrhaft überraschendsten Erfolge, welche ich mit demselben zu erfahren Gelegenheit hatte, bestimmten mich u. s. w.“

Dieser weiße Brust-Syrup, allein echt erzeugt vom Erfinder, Herrn G. A. W. Mayer in Breslau, ist fests frisch zu haben in den alleinigen Niederlagen von Posen bei Gebr. Krayn, Bronnstraße 1. Isidor Busch, Sapisplatz 2. J. N. Leitgeber, große Gerberstraße 16.

*) Bei Gustav Brauns in Leipzig erschienen und zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Weihnachts-Geschenk

für Raucher.

Vorzügliche Bremer Cigarren, von den edelsten Havanna-Tabaken gearbeitet, in eleganter Packung à 25 u. 50 Stück zum Preise à 22½ Sgr. resp. 1½ Thlr. für Nr. II., 1 Thlr. resp. 2 Thlr. für Nr. I. empfiehlt

M. Heymann,

Importeur, Friedrichstr. 33a.

Echten Havanna-Ausschuß, ausgesucht in Päckchen zu 50 und 25 Stück, zu Weihnachtsgeschenken geeignet, empfiehlt

Hugo Taterka,
Krämerstr. 19. (Kellers Hotel).

Zu Bestellungen auf Torten, Streitzen u. c. zum Beste empfiehlt sich die Conditorei

A. Pfitzner, am Markte.

Beschluß

Dr. Baltz's

Potsdamer Balsam

Parfum aromatique bal-

samique.

Koncessioniert und gesetzlich

deponirt.

Von medizinischen Autoritäten gegen rheumatische und rheumatisch-nervöse Leiden, Bahn-, Ohren- und Kopfreissen, Schwäche der Glieder, Badenrampf, Hörerschuh im Rückgrat u. c. empfohlen und seit 23 Jahren als ein vorzügliches Hausmittel bewahrt, empfiehlt

Elsner's Apotheke

in Posen.

Fabrik des Potsdamer Balsams
Paul Lehmann, Berlin, Friedrichstrasse 163.

Meine persönlich in Ober-Augsburg angekauften Weine und namentlich die schönen fetten 66er, sind angekommen und empfehle dieselben — so wie ältere Jahrgänge — der Beachtung eines hochgeehrten Publikums.

A. Pfitzner,

Posen, am Markte.

Frische fette Hamburg. Speckbücklinge empfohlen

W. F. Meyer & Co.,

Wilhelmsplatz 2.

Börsen-Telegramme.

Bis zum Schlus der Befüllung ist das Berliner und Stettiner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Die nächsten grossen ziehungen der k. k.

Lotterie-Anlehen

finden statt:

1. Am 2. Jänner 1868.

39. Ziehung der Credit-Loose.

Höchster Treffer:

Eine Viertel Million Gulden ö. W., niedrigster Treffer fl. 165.

Einlage 3 Thaler pr. Loos und bei Abnahme von 6 Stück à 18 Thaler ein siebentes Stück gratis.

2. Am 1. Februar 1868.

16. Ziehung der östr. fl. 500

Loose.

Höchster Treffer fl. 300,000, niedrigster fl. 600 ö. W.

Einlage pr. ganzes Loos 6 Thaler, Fünftel Thlr. 1. 15 Sgr., oder fl. 2. 30. und bei Abnahme von je 6 Stück ein ganzes oder ein Fünftel Stück gratis.

3. Am 2. März 1868.

19. Ziehung der östr. Staats-

Loose vom Jahre 1864.

Höchster Treffer fl. 200,000, niedrigster fl. 150 ö. W.

Einlage 2 Thaler = fl. 3. 30 süddeutsch und 7 Stück à 12 Thaler = fl. 21 süddeutsch.

Die Looses sind auf von der k. k. Regierung verarbeitete gesetzlich gestempelte Scheine gefertigt und wird jeder Auftrag nach Erhalt der betreffenden Rimesse sofort von uns mit der bekannten Geschäftspromptitüde und Gewissenhaftigkeit ausgeführt.

VOELCKER & Co.

Bankgeschäft

in Wien, Kolowratring Nr. 4.

Zur gefälligen Nachricht:

Postnachnahmen aus den k. k. Staaten nach dem Auslande können nicht nach bestehenden Postverträgen erhöht werden.

N.B. Um Missverständnisse zu vermeiden, wird hier ausdrücklich bemerkt, dass mit den beigesetzten Einlagen ein jeder Looseabnehmer eine gesetzliche „Bona fide“ chance erkauf, an dem betreffenden Ziehungstage den höchsten Treffer zu machen.

Schreiber der Artikel in Nr. 293. und 295. quält sich noch immer mit fühlern Muthe in gefährlichen Tiefen herum. Möchte sich doch Seemand finden lassen, der ihn von dem aufgebundenen Bären befreit.

Findet sich Niemand, so bin ich im Stande demselben noch andere Bären aufzubinden.

Der Haushälter des Eichowicz'schen Geschäfts.

Ed. Bote & G. Bock

empfehlen ihr wohlaffortites

Musikalien-Lager

älterer und neuerer Zeit. In allen üblichen Arrangements sind stets zu den

billigsten Preisen vorrätig: Opern-

Symphonien, Sonaten, Ouvertüren.

Potpourri's, Tänze, sowie

eine große Auswahl eine- und mehrstimmiger Gesänge, Schulen, Etüden u. c.

Alle von anderen Handlungen öffentlich angezeigten Musikalien sind stets bei

uns vorrätig und wie bekannt zu

den billigsten Preisen.

Ed. Bote & G. Bock,

hof-Musikalien-Handlung.

Posen, Wilhelmsstr. 21.

Das dem königl. Kreisphysikus zu

Schrömm, Herrn Dr. Marnow,

zukommende Honorar für ärztliche

Behandlung bitte mir als Verwal-

ter des hinterbliebenen Vermögens

geneigtestens überweisen zu wollen.

Hildebrand

in Potsdam.

Das dem königl. Kreisphysikus zu

Schrömm, Herrn Dr. Marnow,

zukommende Honorar für ärztliche

Behandlung bitte mir als Verwal-

ter des hinterbliebenen Vermögens

geneigtestens überweisen zu wollen.

Hildebrand

in Potsdam.

Das dem königl. Kreisphysikus zu

Schrömm, Herrn Dr. Marnow,

zukommende Honorar für ärztliche

Behandlung bitte mir als Verwal-

ter des hinterbliebenen Vermögens

geneigtestens überweisen zu wollen.

Hildebrand

in Potsdam.

Das dem königl. Kreisphysikus zu

Schrömm, Herrn Dr. Marnow,

zukommende Honorar für ärztliche

Behandlung bitte mir als Verwal-

ter des hinterbliebenen Vermögens

geneigtestens überweisen zu wollen.

Hildebrand

in Potsdam.

Das dem königl. Kreisphysikus zu

Schrömm, Herrn Dr. Marnow,

zukommende Honorar für ärztliche

Behandlung bitte mir als Verwal-

ter des hinterbliebenen Vermögens

geneigtestens überweisen zu wollen.

Hildebrand

in Potsdam.

Das dem königl. Kreisphysikus zu

Schrömm, Herrn Dr. Marnow,

zukommende Honorar für ärztliche

Behandlung bitte mir als Verwal-

ter des hinterbliebenen Vermögens

geneigtestens überweisen zu wollen.

Hildebrand

in Potsdam.

Das dem königl. Kreisphysikus zu

Schrömm, Herrn Dr. Marnow,

zukommende Honorar für ärztliche

Behandlung bitte mir als Verwal-

ter des hinterbliebenen Vermögens

geneigtestens überweisen zu wollen.

Hildebrand

in Potsdam.

Das dem königl. Kreisphysikus zu

Schrömm, Herrn Dr. Marnow,

zukommende Honorar für ärztliche

Behandlung bitte mir als Verwal-

ter des hinterbliebenen Vermögens

geneigtestens überweisen zu wollen.

Hildebrand

in Potsdam.

Das dem königl. Kreisphysikus zu

Schrömm, Herrn Dr. Marnow,

zukommende Honorar für ärztliche

Behandlung bitte mir als Verwal-

ter des hinterbliebenen Vermögens

geneigtestens überweisen zu wollen.

Hildebrand

in Potsdam.

Das dem königl. Kreisphysikus zu

Schrömm, Herrn Dr. Marnow,

zukommende Honorar für ärztliche

Behandlung bitte mir als Verwal-

ter des hinterbliebenen Vermögens

geneigtestens überweisen zu wollen.

Hildebrand

in Potsdam.

